



2

jobcenter

Märkischer Kreis

Jobcenter Märkischer Kreis, Friedrichstr. 59/61, 58636 Iserlohn

"355D087609"

Menden

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht:

Mein Zeichen: 416-OWI-EV-35502-01859/19

Kundennummer: 355D0

(Bei jeder Antwort bitte angeben)

BG-Nummer: 35502/00

Name:

Frau Te

Durchwahl:

02371 905 887

Telefax:

02371 905 889

Datum:

17. Dezember 2020

Ermittlungsverfahren nach dem OWIG

, 29.06.1977

Sehr geehrte Frau ,

Sie erhalten: Ausdruck der gesamten OWIG-Akte

zum Verbleib

Termin:

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag

Tenne

2a63-03

Postanschrift
Jobcenter Märkischer Kreis
Friedrichstr. 59/61
58636 Iserlohn

Besuchersadresse
Friedrichstr. 59/61
58636 Iserlohn

Bankverbindung
BA-Service-Haus
Bundesbank
IBAN:
DE50 7600 0000 0076 0016 17
BIC:
MARKDEF1760
Internet: www.jobcenter-mk.de

Öffnungszeiten
Mo - Fr 7:30 - 12:30 Uhr
und Do 14:00 - 17.00 Uhr (nur für

Deckblatt Aktensegment

Rechtskreis: SGB II

Dienststelle: Jobcenter Märkischer Kreis

Dienststellennummer: 35502

Fachschlüssel: 35502//0007186

Aktentyp: OWiG

Aktensegment: OWI-EV-35502-01859/19

Name: [REDACTED]

Seitenanzahl: 81








Datum: 17.12.2020 09:17:20



Team: 435
Geschäftsstelle/Ort: Iserlohn
Ansprechpartner: Frau P 
Datum: 06.08.2019

An das
Team Ordnungswidrigkeiten

OWi-Meldung

Name oder Firma		Vorname	
Geburtsdatum		Kundennummer	355D08 
Anschrift	58708 Menden, 	BG-Nummer	35502//00 
Arbeitgeber für:		Telefonnummer	

Kurze Sachverhaltsdarstellung:

Die Kundin hat einen Arbeitsvertrag ab dem 02.05.2019 mit der Lüdenscheid Talstr. 104 Objekt UG & Co.KG geschlossen. Dabei handelt es sich um die Safe-Box Selfstorage Lüdensche KG. Ihren Lohn erhält die Kundin von der Safe-Box Self Storage GmbH Duisburg. Bei letzterer hatte die Kundin am 09.04.2019 auch ein Vorstellungsgespräch.

Ausweislich Ihres Arbeitsvertrags (von dem leider bisher nur die erste Seite vorliegt) erhält die Kundin ein Festgehalt in Höhe von 1400,00 netto. Aus der Lohnabrechnung für Mai 2019 ergibt sich ein Bruttogehalt in Höhe von 1969,93 EUR.

Die Arbeitsaufnahme teilte die Kundin durch Einwurf der ersten Seite des Arbeitsvertrags, der Lohnabrechnung für Mai 2019 sowie des Kto .Auszugs, der den Lohnzufluss ausweist, am 04.06.2019 in den Briefkasten des Jobcenters in Menden mit.

Datum der Änderung	02.05.2019
Der Sachverhalt wurde bekannt durch?	Kundin

Aufhebung und Erstattung:

Überzahlung	vom: 01.05.2019 bis: 30.06.2019
Überzahlungsbetrag hiervon BA-Leistungen hiervon kommunale Leistungen	1713,08 EUR 949,76 EUR 763,32 EUR
Aufhebungs- und Erstattungsbescheid vom weitere Aufhebungs- und Erstattungsbescheide	06.08.2019 nein
Rückzahlung der Überzahlung?	bisher keine Rückzahlung



d

Ergänzende Hinweise:

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Pohl

gez. Unterschrift

1. Original an Adressaten senden.
2. z.d.A.



**Bundesagentur
für Arbeit**

Version: PRV_20.1.0.5.221

Vermerk bearbeiten

Vermerk für

[REDACTED]

Erstellt am

09.04.2019 08:56

Typ

Allgemeiner Vermerk

Verantwortlich

R [REDACTED]

Sichtbarkeit *

Berechtigte Mitarbeiter/ -innen

Kontakt am

09.04.2019

Kundenkontakt

keiner

Betreff

Mail der Kundin und Antwort

Text

Guten Morgen Frau [REDACTED],

für solche Leistungen ist Ihre Kostenträger des Rehabilitationsverfahrens zuständig.
Bitte nehmen Sie Kontakt mit der Deutschen Rentenversicherung auf.

Viele Grüße,

Manuela Ross

Persönliche Ansprechpartnerin Reha/SB

Telefon: 02371/905-368

E-Mail: manuela.ross@jobcenter-ge.de

Internet: www.jobcenter-mk.de

Jobcenter Märkischer Kreis

Friedrichstr. 59/61

58603 Iserlohn

Von: [REDACTED].de]

Gesendet: Dienstag, 9. April 2019 07:34

An: Ro [REDACTED] [REDACTED].Ross@jobcenter-ge.de]

Betreff: Antrag auf Übernahme von Fahrtkosten

[REDACTED]

Menden

look.de

hiermit beantrage ich die Übernahme der Fahrtkosten zu einem Bewerbungsgespräch.
Das Gespräch findet in der Hauptstelle in Duisburg statt, es aber um eine Stelle in Lüdenscheid.

Angaben zum Bewerbungsgespräch:

SAFE-BOX Selfstorage Duisburg GmbH
Hochstraße 17
47228 Duisburg
Frau Lea Feldhorst
0265 83 95 444
Termin ist am 12.04.2019 um 11 Uhr

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

Legende * Angabe ist zwingend erforderlich



**Bundesagentur
für Arbeit**

Version: PRV_20.1.0.5.221

Vermerk bearbeiten

Vermerk für

Rüster, Melanie

Erstellt am

18.06.2019 15:00

Typ

Kundenabmeldung mit weiterer ASU-Führung
erfasst

Verantwortlich

Mic

Sichtbarkeit *

Berechtigte Mitarbeiter/ -innen

Bereich

Arbeitsvermittlung

Betreff

Abmeldung mit weiterer ASU-Führung erfasst für den 02.05.2019

Text

Art des Lebenslaufeintrags: Berufspraxis

Beginndatum Lebenslaufeintrag: 02.05.2019, befristet bis 01.11.2019

Abgangsdatum: 02.05.2019

Legende * Angabe ist zwingend erforderlich

Arbeitsvertrag

Zwischen

58515 Lüdenscheld Talstr. 104 Objekt UG (haftungsbeschränkt) & Co KG

Hochstr. 17, 47228 Duisburg

- nachfolgend „Arbeitgeber“ genannt -

und

Frau [REDACTED] Menden

- nachfolgend „Arbeitnehmer/-in“ genannt -

wird folgender Arbeitsvertrag geschlossen:

§ 1 Beginn des Arbeitsverhältnisses

Das Arbeitsverhältnis beginnt am 2.5.2019

§ 2 Probezeit

Dieser Vertrag wird auf die Dauer von sechs Monaten vom 2.5.2019 bis zum 1.11.2019 zur Probe abgeschlossen. Nach Ablauf dieser Befristung endet das Arbeitsverhältnis, ohne dass es einer Kündigung bedarf, wenn nicht bis zu diesem Zeitpunkt eine Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses vereinbart wird. Innerhalb der Probezeit kann das Arbeitsverhältnis mit einer Frist von zwei Wochen gekündigt werden, unbeschadet des Rechts zur fristlosen Kündigung (befristetes Probearbeitsverhältnis).

§ 3 Tätigkeit

Der Arbeitnehmer wird als Büro- und Empfangskraft eingestellt

und vor allem mit folgenden Arbeiten beschäftigt:

Vermietung von Lagerboxen, Gewerbeflächen und Büros, allgemeine kaufmännische Tätigkeiten.

Er verpflichtet sich, auch andere Arbeiten auszuführen – auch an einem anderen Ort -, die seinen Vorkenntnissen und Fähigkeiten entsprechen. Dies gilt, soweit dies bei Abwägung der Interessen des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers zumutbar und nicht mit einer Lohnminderung verbunden ist.

§ 4 Arbeitsvergütung

Der Arbeitnehmer erhält eine monatliche Nettovergütung von 1.400,00 €. Soweit eine zusätzliche Zahlung vom Arbeitgeber gewährt wird, handelt es sich um eine freiwillige Leistung. Auch die wiederholte vorbehaltlose Zahlung begründet keinen Rechtsanspruch auf Leistungsgewährung für die Zukunft. Ein Anspruch auf Zuwendungen besteht nicht für Zeiten, in denen das Arbeitsverhältnis ruht und kein Anspruch auf Arbeitsentgelt besteht. Dies gilt insbesondere für Elternzeit, Wehr- und Zivildienst und unbezahlte Freistellung. Voraussetzung für die Gewährung einer Gratifikation ist stets, dass das Arbeitsverhältnis am Auszahlungstag weder beendet noch gekündigt ist.

§ 5 Arbeitszeit

Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 40 Stunden. Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit richten sich nach der betrieblichen Einteilung.

Abrechnung der Brutto/Netto-Bezüge für Mai 2019

C04 9680/10719/00001

22.05.2019 Blatt 1

Person-Nr. Geburtsdatum SVK-Faktor K-Faktor Konfession Freibetrag Jährl.¹ Freibetrag mtl.¹ DBA Gleitzone St-Tg
 00001 290677 1 0,5
 SV-Nummer Krankenkasse KK %⁸ PGRS BGRS Um SV-Tg
 11290677B574 EK BARMER (vormals Barmer GE 157 101 1111 1 30

VJ Unt. üb. Unt. Anspr. Unt. Tg. gen. Resturlaub
 Anw. Tage Urlaub Tage Krankh. Tg. Fehlz. Tage

Anw. Std. Urlaub Std. Krankh. Std. Fehlz. Std.

Eintritt Austritt

020519

Steuer-ID MFB⁷

72562391047

Zeiddn Std. Überstd. Bez. Std.

Lohnschein Nr. 124 Objekt 50 & CO. 30
 Schein-Nr. 314
 43016 Bonn

Pers.-Nr. 00001

B/H
 C04
 10719

Hinweise zur Abrechnung

Menden

Brutto-Bezüge

Lohnart	Bezeichnung	Einheit ²	Menge ³	Faktor ³	Prozentsatz	St ⁴	SV ⁴	GB ⁵	Beitrag
2102	Netto Gehalt					L	L	J	1.969,93

Steuern/Sozialversicherung

St ⁴	Steuer-Brutto	Lohnsteuer	Kirchensteuer	Solidaritätszuschlag	Gesamt-Brutto
L	1.969,93	174,66		2,78	1.969,93

SV ⁴	KV-Brutto	RV-Brutto	AV-Brutto	PV-Brutto	KV-Beitrag	RV-Beitrag	AV-Beitrag	PV-Beitrag ⁶	Steuerechte Abzüge
L	1.969,93	1.969,93	1.969,93	1.969,93	154,63	183,20	24,62	3004	392,49

Verdienstbescheinigung

Gesamt-Brutto		SV-Brutto	Netto-Bezüge/Netto-Abzüge
1.969,93	1.969,93	1.969,93	Lohnart Bezeichnung
Steuer-Brutto	1.969,93	KV-Beitrag	154,63
Lohnsteuer	174,66	RV-Beitrag	183,20
Kirchensteuer		AV-Beitrag	24,62
Solidaritätszuschlag	2,78	PV-Beitrag	3004
Steuerfreie Bezüge		VWL gesamt	
P. pers. Zuk. sich.		Kug-Auszahlung	
Pfändung Rest			
Darlehen Rest			

Beitrag erhalten:

Bank	SV-AG-Anteil	Zus. AG-Kosten	Gesamtkosten	Auszahlungsbetrag
Konto	39249			1.400,00

¹ H = Minuzurechnungsbetrag
² St = Stunden, T = Tage, Km = Kilometer, St = Stück
³ EUR = Euro, Tsd = Tausend Euro, Mio = Million Euro
⁴ G = Gebührensatz, Netto = ohne Netto-Steuer

⁵ L = Leihender Bezug, S = Sonstiger Bezug, F = Fikt.
⁶ S = Lohnbezug, P = Pauschalierung, A = Anfordung
⁷ MFB = Mehrfachbeschäftigung
⁸ V = Verleih, W = Entgeltguthaben

⁹ J = Restanteil des Gesamt Bruttos
¹⁰ Z = Einsch. Beitragsanhang zur PV für Kinderlose
¹¹ MFB = Mehrfachbeschäftigung
¹² Maßgeblicher Beitragsbeitrag zur KV/NU Zusatzbeitrag

- Dies ist eine Entgeltbescheinigung nach § 105 Abs. 3 Satz 1 der Gewerbesteuer-Gesetz

APP Form-Nr. LNDN13



Jobcenter Märkischer Kreis
Dienststelle Menden
Bsp.: 04. Juni 2019
- 1 -

Jobcenter
Menden

Deutsche Bank

B Privat- und Firmenkundenbank

<https://www.deutsche-bank.de>

Jelania Rüster

Kundennummer: 470 5820170

941,90 EU

-05

019

23-0

27.0

30.05.2019 30.05.2019

IS-Pächungsinstitut S&B Privat- und Storage-Fließung
GmbH

1.400,00 EU

Verwendungszweck Lohn/Gehalt Mai 2019

IBAN DE38354500001101067047

BIC WELADED1MOR

Vorgemerkte und noch nicht gebuchte Umsätze sind nicht Bestandteil dieser Übersicht.

Zweitschrift

In diesen Fällen wird außerdem davon ausgegangen, dass durch die erzielten Einkünfte Hilfebedürftigkeit im Sinne des SGB II nicht mehr beziehungsweise nicht mehr in entsprechendem Umfang gegeben ist. Sollte das Arbeitsentgelt nicht zum angenommenen Zeitpunkt zufließen, teilen Sie dies dem für die Bewilligung der Leistung zuständigen Träger mit. Gleiches gilt, wenn ein so geringes Arbeitsentgelt erzielt wird, dass die Hilfebedürftigkeit nicht beseitigt wird.

Bei Vorlage geeigneter Nachweise kann die Aufhebungsentscheidung zurück genommen werden.

Erhalten Sie das Arbeitsentgelt nicht zum vereinbarten Zeitpunkt, werde ich mich im Falle der erneuten Leistungsgewährung mit Ihrem Arbeitgeber in Verbindung setzen, da Arbeitsentgeltansprüche in Höhe der von mir zu viel geleisteten Zahlungen auf den zuständigen Träger übergehen.

Sofern durch die Einkommenserzielung Überzahlungen bereits eingetreten sind, prüfe ich, inwieweit eine Aufhebung der Bewilligungsentscheidung zu einem früheren Zeitpunkt erfolgt und inwieweit eine Erstattung der überzahlten Beträge durch Sie in Betracht kommt.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann jeder Betroffene oder ein von diesem bevollmächtigter Dritter innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erheben. Für Minderjährige oder nicht geschäftsfähige Personen handelt deren gesetzlicher Vertreter. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der im Briefkopf genannten Stelle einzulegen.

Eine erneute Zahlung der Leistung ist nur dann möglich, wenn Sie diese bei dem zuständigen Leistungsträger nach Wegfall des Grundes, der zur Aufhebung der Bewilligungsentscheidung geführt hat, erneut beantragen. Den Antrag sollten Sie stellen, wenn aus Ihrer Sicht die Voraussetzungen für die Weiterzahlung der Leistung wieder vorliegen. Beachten Sie bitte, dass die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nicht für Zeiten vor der Antragstellung erbracht werden.

Mit freundlichen Grüßen

Jobcenter Märkischer Kreis

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist auch ohne Unterschrift wirksam.

Anlage
Gesetzestexte zu Ihrer Information

Bitte beachten Sie:

Würden Sie alleine durch die Zahlung der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung hilfebedürftig, so kann unter gewissen Voraussetzungen auf Antrag ein Zuschuss zu diesen Beiträgen übernommen werden.

Sollte Ihr derzeitiges Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis enden, sind Sie verpflichtet, sich spätestens drei Monate vor dessen Beendigung persönlich bei der Agentur für Arbeit arbeitsuchend zu melden (§ 38 Absatz 1 Drittes Buch Sozialgesetzbuch - SGB III). Liegen zwischen der Kenntnis des Beendigungszeitpunktes und der Beendigung des Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisses weniger als drei Monate, hat die Meldung innerhalb von drei Tagen nach Kenntnis des Beendigungszeitpunktes zu erfolgen. Betriebliche und schulische Ausbildungen sind von der Meldepflicht ausgenommen.

Zur Wahrung der Frist reicht eine Anzeige unter Angabe der persönlichen Daten und des Beendigungszeitpunktes aus, wenn die persönliche Meldung nach terminlicher Vereinbarung nachgeholt wird. Die Anzeige kann schriftlich, telefonisch oder persönlich bei der Agentur für Arbeit vor Ort erfolgen.

Die verpflichtende persönliche Meldung kann nach terminlicher Vereinbarung - **spätestens jedoch am ersten Tag der Arbeitslosigkeit** - nachgeholt werden.

Bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die sich nicht rechtzeitig oder nicht wirksam arbeitsuchend melden - weil sie den mit der Agentur für Arbeit vereinbarten Termin ohne wichtigen Grund nicht einhalten - tritt eine Sperrzeit von einer Woche ein. Für die Tage der Sperrzeit wird kein Arbeitslosengeld gezahlt und die Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosengeld gemindert.

Zweitschrift

Nur bei weiteren Personen in der Bedarfsgemeinschaft:

Sofern die Voraussetzungen erfüllt sind, können Eingliederungsleistungen und die Meldung von Anrechnungszeiten auch an das Mitglied oder die Mitglieder Ihrer Bedarfsgemeinschaft von der Agentur für Arbeit erbracht werden.

Team: 430
Ort: Menden
Ansprechpartner: Frau Va
Datum: 02.07.19

An das
Zentralsachgebiet Leistung
Team 435

Einschaltung zur Aufhebung und Erstattung

Einschaltung erfolgt grundsätzlich nicht bei Kleinbeträgen / Verbuchung Guthaben auf Mieterkonto

BG-Nummer:	35502//0007186	Name	
-------------------	----------------	-------------	--

Liegen mehrere Überzahlungstatbestände vor?	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
Benennung aller Überzahlungstatbestände / Kurze Sachverhaltsdarstellung	ÜZ wegen der Arbeitsaufnahme ab 02.05.19
Betroffener Überzahlungszeitraum	01.05.19 – 30.06.19
Ist der Überzahlungszeitraum endgültig bewilligt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <i>(Bearbeitung ist vor Ort vorzunehmen)</i>
Liegen alle zur AuE relevanten Unterlagen vor? <small>(Abrechnungen, Nachweise Zufluss u.ä.)</small>	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <i>(Abgabe erst nach Vorlage aller Nachweise)</i>
Wurden erforderliche Änderungen für die Zukunft bereits vorgenommen? <small>(Incl. Änderungsbescheid, bspw. auch Basisdatenänderungen in STEP?)</small>	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <i>(Abgabe erst nach Änderung für die Zukunft)</i>
Wurden alle relevanten Dokumente in der eAkte zu einem Bearbeitungsauftrag zusammengeführt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <i>(Abgabe erst nach Zusammenführung aller relevanten Dokumente zu einem Auftrag)</i>

Ergänzende Hinweise zum Leistungsfall an Team 435:

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

35502/

Die Kundin hat einen Arbeitsvertrag ab dem 02.05.2019 mit der Lüdenscheid Talstr. 104 Objekt UG & Co.KG geschlossen. Dabei handelt es sich um die Safe-Box Selfstorage Lüdensche KG. Ihren Lohn erhält die Kundin von der Safe-Box Self Storage GmbH Duisburg. Bei letzterer hatte die Kundin am 09.04.2019 auch ein Vorstellungsgespräch.

Ausweislich Ihres Arbeitsvertrags (von dem leider bisher nur die erste Seite vorliegt) erhält die Kundin ein Festgehalt in Höhe von 1400,00 netto. Aus der Lohnabrechnung für Mai 2019 ergibt sich ein Bruttogehalt in Höhe von 1969,93 EUR.

Die Arbeitsaufnahme teilte die Kundin durch Einwurf der ersten Seite des Arbeitsvertrags, der Lohnabrechnung für Mai 2019 sowie des Kto.Auszugs, der den Lohnzufluss ausweist, am 04.06.2019 in den Briefkasten des Jobcenters in Menden mit.

Zufluss lfd. Monat

ÜZ 5/19, 6/19 // Keine SV-Erstattung, da sv-pflichtiges Beschäftigungsverhältnis

Der Zeitraum ist endg. bewilligt

Erwerbseinkommensquellen

Rüster, Melanie ;

Erwerbseinkommensquellen (2)

Erwerbseinkommensquelle	Von	Bis	Bemerkung
Safe-Box Selfstorage Lüdensche KG (BTNR: 88346735, Kd.-Nr.: A355A90551)	02.05.2019		Name im AV: 58515 Lüdenscheid Talstr. 104 Objekt UG & Co.KG

Einkommen/Zuflüsse

Rüster, Melanie, 29.06.19

Zuflüsse (8)

Einkommensart	Quelle	Von	Bis	Brutto	Netto	Betragstyp	Eink.	Bemerkung
Einkommen aus a...	Safe-Box Selfstorage ...	05/2019		1.969,93	1.400,00	Monatlich	Nein	Festgehalt laut Arbeitsvertrag, Zufluss lfd. Monat
Mutterschaftsgeld		01.01.2019	31.01.2019		267,10	Monatlich	Nein	

Einkommen/Angaben zum Datenabgleich

Rüster, Melanie

Angaben zum Datenabgleich (1)

Einkommensart	Quelle	Beginn	P...	Bemerkung
Einkommen aus abhängiger Er...	Safe-Box Selfstorage Lüdensche KG (...)	02.05.2019		AG im AV: 58515 Lüdenscheid Talstr. 104 Objekt UG & Co.KG

Überzahlungsdetails

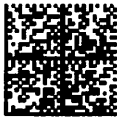
	Gesamt	Rüster, Melanie (29.06.1977; 355D087609)	Rüster, Lenja (31.01.2005; 355D088229)
Betrag	1.713,08	1.487,42	225,66

Jun 2019 Gesamt: 856,54 €

Regelbedarf - Alg II (§ 20 SGB II)	424,00		
	Kommunaler Träger: Märkischer Kreis		
Mehrbedarf für alleinerziehende Leistungsberechtigte - Alg II (§ 21 Absatz 3 SGB II)	50,88		
	Kommunaler Träger: Märkischer Kreis		
Bedarfe für Unterkunft und Heizung - Miete und Eigentum (§ 22 Absatz 1 SGB II)	268,83	112,83	
	Kommunaler Träger: Märkischer Kreis	Kommunaler Träger: Märkischer Kreis	
Überzahlungssumme	743,71		112,83

Mai 2019 Gesamt: 856,54 €

Regelbedarf - Alg II (§ 20 SGB II)	424,00		
	Kommunaler Träger: Märkischer Kreis		
Mehrbedarf für alleinerziehende Leistungsberechtigte - Alg II (§ 21 Absatz 3 SGB II)	50,88		
	Kommunaler Träger: Märkischer Kreis		
Bedarfe für Unterkunft und Heizung - Miete und Eigentum (§ 22 Absatz 1 SGB II)	268,83	112,83	
	Kommunaler Träger: Märkischer Kreis	Kommunaler Träger: Märkischer Kreis	
Überzahlungssumme	743,71		112,83



Jobcenter Märkischer Kreis, Neumarkt 5, 58706 Menden

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht:
Mein Zeichen: 430
BG-Nummer: 35502/0067486
(Bei jeder Antwort bitte angeben)

Frau
Melanie Ruster
Anne-Frank-Str. 31
58706 Menden - Mitte

Name: Frau Valupel
Telefon: +492373/91724-35
Telefax: 49 2373 9172499
E-Mail: Jobcenter-Maerkischer-Kreis.Team-430@jobcenter-ge.de
Datum: 05.06.2019

Aufhebung der Bescheide vom 06.11.18, 24.11.18, 29.01.19, 15.02.19, 19.02.19, 28.02.19 und 01.06.19

Sehr geehrte Frau **Ruster,**

die Entscheidungen über die Bewilligung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch - SGB II werden ab 01.07.2019 ganz aufgehoben.

Grund für die Aufhebung der Entscheidung:

Wegfall der Hilfebedürftigkeit wegen Arbeitsaufnahme.

Hilfebedürftig ist, wer seinen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus dem zu berücksichtigenden Einkommen und Vermögen sichern kann und die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen erhält.

Sie haben eine Beschäftigung aufgenommen aus der Sie Einkommen erzielen.

Diese Entscheidung beruht auf § 40 Absatz 1 und 2 SGB II und § 330 Absatz 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) in Verbindung mit § 48 Absatz 1 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGB X) und §§ 7 Absatz 1, 9 Absatz 1 SGB II.

In der Zeit, in der Sie keine Leistungen beziehen, sind Sie durch den zuständigen Leistungsträger für den Fall der Krankheit nicht versichert. Um Nachteile zu vermeiden, erkundigen Sie sich bitte bei Ihrer Krankenkasse über Ansprüche und Rechte (zum Beispiel auf freiwillige Weiterversicherung) während dieser Zeit sowie über Rechte und Pflichten, die Sie gegebenenfalls während eines Widerspruchs- oder Sozialgerichtsverfahrens haben.

Im Falle der Arbeitsaufnahme wird die Bewilligungsentscheidung ab Beginn des Monats, in dem das erste Arbeitsentgelt - voraussichtlich - zufließt, ganz oder teilweise aufgehoben.

Beispiel: Arbeitsaufnahme zum 15. März. Die erste Zahlung von Arbeitsentgelt erfolgt am 15. April. Einstellung der Zahlung der Leistung: 01. April.

Die Zeit bis zur ersten Zahlung von Arbeitsentgelt kann durch ein Darlehen überbrückt werden, soweit Sie mir die Notwendigkeit darlegen. Vorrangig haben Sie jedoch andere finanzielle Möglichkeiten zu nutzen (zum Beispiel vorhandenes Vermögen der Bedarfsgemeinschaft, mit Ausnahme von Schonvermögen der Kinder in der Bedarfsgemeinschaft).

Dienstgebäude
Neumarkt 5
58706 Menden

Telefon
+49800/666-4888
Telefax
+492373/9172-499
Internet
www.jobcenter-mk.de

Öffnungszeiten
Mo - Fr 8.00 - 12.00 Uhr
und Do 14.00 - 17.00 Uhr (nur für
Berufstätige)

Bankverbindung
BA-Service-Haus
Bundesbank
BIC: MARKDEF1760
IBAN: DE5076000000076001617

Zweitschrift

In diesen Fällen wird außerdem davon ausgegangen, dass durch die erzielten Einkünfte Hilfebedürftigkeit im Sinne des SGB II nicht mehr beziehungsweise nicht mehr in entsprechendem Umfang gegeben ist. Sollte das Arbeitsentgelt nicht zum angenommenen Zeitpunkt zufließen, teilen Sie dies dem für die Bewilligung der Leistung zuständigen Träger mit. Gleiches gilt, wenn ein so geringes Arbeitsentgelt erzielt wird, dass die Hilfebedürftigkeit nicht beseitigt wird.

Bei Vorlage geeigneter Nachweise kann die Aufhebungsentscheidung zurück genommen werden.

Erhalten Sie das Arbeitsentgelt nicht zum vereinbarten Zeitpunkt, werde ich mich im Falle der erneuten Leistungsgewährung mit Ihrem Arbeitgeber in Verbindung setzen, da Arbeitsentgeltansprüche in Höhe der von mir zu viel geleisteten Zahlungen auf den zuständigen Träger übergehen.

Sofern durch die Einkommenserzielung Überzahlungen bereits eingetreten sind, prüfe ich, inwieweit eine Aufhebung der Bewilligungsentscheidung zu einem früheren Zeitpunkt erfolgt und inwieweit eine Erstattung der überzahlten Beträge durch Sie in Betracht kommt.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann jeder Betroffene oder ein von diesem bevollmächtigter Dritter innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erheben. Für Minderjährige oder nicht geschäftsfähige Personen handelt deren gesetzlicher Vertreter. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der im Briefkopf genannten Stelle einzulegen.

Eine erneute Zahlung der Leistung ist nur dann möglich, wenn Sie diese bei dem zuständigen Leistungsträger nach Wegfall des Grundes, der zur Aufhebung der Bewilligungsentscheidung geführt hat, erneut beantragen. Den Antrag sollten Sie stellen, wenn aus Ihrer Sicht die Voraussetzungen für die Weiterzahlung der Leistung wieder vorliegen. Beachten Sie bitte, dass die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nicht für Zeiten vor der Antragstellung erbracht werden.

Mit freundlichen Grüßen

Jobcenter Märkischer Kreis

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist auch ohne Unterschrift wirksam.

Anlage

Gesetzestexte zu Ihrer Information

Bitte beachten Sie:

Würden Sie alleine durch die Zahlung der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung hilfebedürftig, so kann unter gewissen Voraussetzungen auf Antrag ein Zuschuss zu diesen Beiträgen übernommen werden.

Sollte Ihr derzeitiges Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis enden, sind Sie verpflichtet, sich spätestens drei Monate vor dessen Beendigung persönlich bei der Agentur für Arbeit arbeitsuchend zu melden (§ 38 Absatz 1 Drittes Buch Sozialgesetzbuch - SGB III). Liegen zwischen der Kenntnis des Beendigungszeitpunktes und der Beendigung des Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisses weniger als drei Monate, hat die Meldung innerhalb von drei Tagen nach Kenntnis des Beendigungszeitpunktes zu erfolgen. Betriebliche und schulische Ausbildungen sind von der Meldepflicht ausgenommen.

Zur Wahrung der Frist reicht eine Anzeige unter Angabe der persönlichen Daten und des Beendigungszeitpunktes aus, wenn die persönliche Meldung nach terminlicher Vereinbarung nachgeholt wird. Die Anzeige kann schriftlich, telefonisch oder persönlich bei der Agentur für Arbeit vor Ort erfolgen.

Die verpflichtende persönliche Meldung kann nach terminlicher Vereinbarung - **spätestens jedoch am ersten Tag der Arbeitslosigkeit** - nachgeholt werden.

Bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die sich nicht rechtzeitig oder nicht wirksam arbeitsuchend melden - weil sie den mit der Agentur für Arbeit vereinbarten Termin ohne wichtigen Grund nicht einhalten - tritt eine Sperrzeit von einer Woche ein. Für die Tage der Sperrzeit wird kein Arbeitslosengeld gezahlt und die Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosengeld gemindert.

Zweitschrift

Persönliche Vorsprachen:
Neumarkt 5, 58706 Menden



2

jobcenter
Märkischer Kreis

Jobcenter Märkischer Kreis, Neumarkt 5, 58706 Menden

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht:
Mein Zeichen: 430
BG-Nummer: 35502//0007186
(Bei jeder Antwort bitte angeben)

Frau
Melanie Ruster
~~Anne Frank-Str 31~~
58706 Menden - Mitte

Name: Frau Pod
Telefon: + 49 2371 905 120
Telefax: 49 2373 9172499
E-Mail: Jobcenter-Maerkischer-Kreis.Team-430@jobcenter-ge.de
Datum: 04.07.2019

Anhörung zu einer Überzahlung

Sehr geehrte Frau Ruster,

diese Anhörung richtet sich an Sie und an Sie in Ihrer Eigenschaft als gesetzliche Vertreterin Ihres minderjährigen Kindes Lenja Ruster.

Sie erzielen Einkommen.

Sie haben einen Arbeitsvertrag ab dem 02.05.2019 mit der Lüdenscheid Talstr. 104 Objekt UG & Co.KG (Safe-Box Self Storage GmbH Duisburg) geschlossen. Das Einkommen aus dieser Tätigkeit mindert Ihren SGB II Leistungsanspruch. Dieses Arbeitsverhältnis teilten Sie, entgegen Ihrer Mitwirkungspflicht gemäß § 60 SGB I, nicht unverzüglich, sondern erst am 04.06.2019, und somit verspätet, mit. In der Folge kam es zu einer Überzahlung Ihrer SGB II Leistungen, im Mai und Juni 2019, zu deren Erstattung Sie verpflichtet sind.

Vor der Entscheidung über die Aufhebung der nachfolgend genannten Bescheide sowie der Erstattung der überzahlten Leistungen, erhalten Sie hiermit Gelegenheit, sich bis zum 21.07.2019 bei Ihrem Jobcenter zum Sachverhalt zu äußern (§ 24 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch - SGB X).

Sollten Sie von der Anhörung Gebrauch machen, erläutern Sie bitte ausführlich den Sachverhalt aus Ihrer Sicht. Verwenden Sie für Ihre Stellungnahme den beigefügten Antwortvordruck. Sie sind nicht verpflichtet, sich zum Sachverhalt zu äußern. Sollten Sie jedoch die Gelegenheit nicht wahrnehmen, können Umstände, die sich für Sie positiv auf die Entscheidung auswirken könnten, nicht berücksichtigt werden. In diesem Fall müssen Sie damit rechnen, dass nach Ablauf der Anhörungsfrist eine Entscheidung getroffen wird. Diese wird Ihnen dann mit Bescheid mitgeteilt.

1. Aufhebung

Es muss geprüft werden, ob die Entscheidung über die Bewilligung der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) für Sie wie folgt aufzuheben ist:

abge_au_anhoerung_v19.01.01.00.03.00_v2_01.06.2019

Dienstgebäude
Neumarkt 5
58706 Menden

Telefon
+49800/666-4888
Telefax
+492373/9172-499
Internet
www.jobcenter-mk.de

Öffnungszeiten
Mo - Fr 8.00 - 12.00 Uhr
und Do 14.00 - 17.00 Uhr (nur für
Berufstätige)

Bankverbindung
BA-Service-Haus
Bundesbank
BIC: MARKDEF1760
IBAN: DE50760000000076001617

Zweitschrift

in dem Monat anzurechnen, in dem es zufließt (§ 11 Absatz 2 SGB II). Hierbei kommt es nicht auf persönliches Verschulden an.

Die Entscheidung wäre außerdem wegen Kenntnis beziehungsweise grob fahrlässiger Unkenntnis über die Minderung beziehungsweise des Wegfalls der Leistungen aufzuheben (§ 40 Absatz 2 Nummer 3 SGB II in Verbindung mit § 330 Absatz 3 Drittes Buch Sozialgesetzbuch - SGB III in Verbindung mit § 48 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 SGB X). Sie dürften gewusst haben beziehungsweise hätten wissen müssen, dass der Ihnen zuerkannte Anspruch ganz oder teilweise weggefallen ist.

Dieser Pflichtverstoß müsste auch Ihrem Kind zugerechnet werden, da Sie als gesetzlicher Vertreter gehandelt haben (§§ 166, 278 Bürgerliches Gesetzbuch - BGB).

2. Erstattung

Soweit die Entscheidung aufgehoben wird, wären die überzahlten Leistungen von Ihnen zu erstatten (§ 50 Absatz 1 SGB X).

Rüster, Melanie; 355D087609		Beträge in Euro
Zeitraum	Leistungsart	Erstattungs- summe
01.05.2019 - 31.05.2019	Regelbedarf	424,00
	Mehrbedarf für Alleinerziehende	50,88
	KdU - Miete/Eigentum	268,83
01.06.2019 - 30.06.2019	Regelbedarf	424,00
	Mehrbedarf für Alleinerziehende	50,88
	KdU - Miete/Eigentum	268,83
Gesamtsumme		1.487,42

Soweit die Entscheidung aufgehoben wird, wären die überzahlten Leistungen von Ihrem Kind Lenja Rüster, 355D088229 zu erstatten (§ 50 Absatz 1 SGB X).

Rüster, Lenja; 355D088229		Beträge in Euro
Zeitraum	Leistungsart	Erstattungs- summe
01.05.2019 - 31.05.2019	KdU - Miete/Eigentum	112,83
01.06.2019 - 30.06.2019	KdU - Miete/Eigentum	112,83
Gesamtsumme		225,66

Bitte nehmen Sie aufgrund dieser Anhörung noch **keine Überweisung** vor. Sollte das Anhörungsverfahren ergeben, dass eine Erstattung der Leistung erforderlich ist, erhalten Sie einen Bescheid, aus dem Sie die Zahlungsmodalitäten entnehmen können.

3. Einziehung

Die Erstattung kann für jede betroffene Person durch Zahlung in einer Summe erfolgen oder durch Aufrechnung gegen den Anspruch auf Leistungen. Hierüber erhalten Sie zu einem späteren Zeitpunkt einen gesonderten Bescheid.

Erstattungsansprüche gegen Ansprüche auf Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts können grundsätzlich aufgerechnet werden (§ 43 SGB II). Dies hat bei jeder betroffenen Person zur Folge, dass monatlich ein geringerer Betrag ausgezahlt wird, bis die Forderung getilgt ist. Es stünde dann nur ein entsprechend geringerer Betrag zur Sicherung des Lebensunterhalts zur Verfügung.

Das Jobcenter ist verpflichtet, wirtschaftlich zu handeln. Hierzu gehört, bestehende Forderungen geltend zu machen und einzufordern.

Die Erstattung hat grundsätzlich durch Zahlung in einer Summe zu erfolgen. Hierüber erhalten Sie zu einem späteren Zeitpunkt einen gesonderten Bescheid.

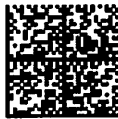
Zweitschrift

Mit freundlichen Grüßen

Jobcenter Märkischer Kreis

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist auch ohne Unterschrift wirksam.

Anlagen
Antwortbogen
Berechnungsbogen



Jobcenter Märkischer Kreis, Neumarkt 5, 58706 Menden

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht:
Mein Zeichen: 430
BG-Nummer: 35502/0007186
(Bei jeder Antwort bitte angeben)

Frau
Melanie Rüster
Anne-Frank-Str. 31
58706 Menden - Mitte

Name: Frau Pohl
Telefon: 49 2371 905 120
Telefax: 49 2373 9172499
E-Mail: Jobcenter-Maerkischer-Kreis.Team-430@jobcenter-ge.de
Datum: 06.08.2019

Bescheid zur Aufhebung, Erstattung und Zahlungsaufforderung

Sehr geehrte Frau Rüster,

dieser Bescheid richtet sich an Sie und an Sie in Ihrer Eigenschaft als gesetzliche Vertreterin Ihres minderjährigen Kindes Lenja Rüster

Sie erzielen Einkommen.

Sie haben einen Arbeitsvertrag ab dem 02.05.2019 mit der Lüdenscheld Talstr. 104 Objekt UG & Co.KG (Safe-Box Self Storage GmbH Duisburg) geschlossen. Das Einkommen aus dieser Tätigkeit mindert Ihren SGB II Leistungsanspruch. Dieses Arbeitsverhältnis teilten Sie, entgegen Ihrer Mitwirkungspflicht gemäß § 60 SGB I, nicht unverzüglich, sondern erst am 04.06.2019, und somit verspätet, mit. In der Folge kam es zu einer Überzahlung Ihrer SGB II Leistungen, im Mai und Juni 2019, zu deren Erstattung Sie verpflichtet sind.

1. Aufhebung

Die Entscheidung über die Bewilligung der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) hebe ich für Sie wie folgt auf:

Rüster, Melanie; 355D087609					Beträge in Euro	
Zeitraum	Bewilligung (B)/ Änderung (Ä) vom	Leistungsart	Betrag (bisher)	Betrag (neu)	Aufhebungs- summe	Aufhebung ganz/teil- weise
01.05.2019 - 31.05.2019	06.11.2018 (B)	Regelbedarf	424,00	0,00	424,00	ganz
	24.11.2018 (Ä)	Mehrbedarf für Alleinerziehende	50,88	0,00	50,88	
	29.01.2019 (Ä)	KdU - Miete/Eigentum	268,83	0,00	268,83	
	15.02.2019 (Ä)					
	19.02.2019 (Ä) 28.02.2019 (Ä)					

diagno_aus_aufhebungsbescheid_mk_v19.02.00.00.04.00_v1_01.06.2018

Dienstgebäude
Neumarkt 5
58706 Menden

Telefon
+49800/666-4888
Telefax
+492373/9172-499
Internet
www.jobcenter-mk.de

Öffnungszeiten

Bankverbindung
BA-Service-Haus
Bundesbank
BIC: MARKDEF1760
IBAN: DE50760000000076001617

Zweitschrift

01.06.2019 - 30.06.2019	06.11.2018 (B) 24.11.2018 (Ä) 29.01.2019 (Ä) 15.02.2019 (Ä) 19.02.2019 (Ä) 28.02.2019 (Ä)	Regelbedarf Mehrbedarf für Alleinerziehende KdU - Miete/Eigentum	424,00 50,88 268,83	0,00 0,00 0,00	424,00 50,88 268,83	ganz
Gesamtsumme					1.487,42	

Die Entscheidung über die Bewilligung der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) hebe ich für Ihr Kind Lenja Rüster 355D088229 wie folgt auf:

Rüster, Lenja; 355D088229				Beträge in Euro		
Zeitraum	Bewilligung (B)/ Änderung (Ä) vom	Leistungsart	Betrag (bisher)	Betrag (neu)	Aufhebungs- summe	Aufhebung ganz/teil- weise
01.05.2019 - 31.05.2019	06.11.2018 (B) 24.11.2018 (Ä) 29.01.2019 (Ä) 15.02.2019 (Ä) 19.02.2019 (Ä) 28.02.2019 (Ä)	KdU - Miete/Eigentum	112,83	0,00	112,83	ganz
01.06.2019 - 30.06.2019	06.11.2018 (B) 24.11.2018 (Ä) 29.01.2019 (Ä) 15.02.2019 (Ä) 19.02.2019 (Ä) 28.02.2019 (Ä)	KdU - Miete/Eigentum	112,83	0,00	112,83	ganz
Gesamtsumme					225,66	

Sie haben während der genannten Zeiten Einkommen aus der Beschäftigung bei der Firma Lüdenschied Talstr. 104 Objekt UG & Co.KG erzielt.

Mit den nachgewiesenen Einkommensverhältnissen sind Sie und Ihr Kind Lenja Rüster nicht hilfebedürftig (§ 9 in Verbindung mit § 11 SGB II).

Die Einzelheiten der Berechnung können Sie dem beigelegtem Berechnungsbogen entnehmen.

Auf meine Anhörung vom 04.07.2019 haben Sie nicht geantwortet. Daher habe ich nach Aktenlage entschieden.

Die Entscheidung ist wegen Verletzung der Mitteilungspflicht aufzuheben (§ 40 Absatz 2 Nummer 3 SGB II in Verbindung mit § 330 Absatz 3 Drittes Buch Sozialgesetzbuch - SGB III in Verbindung mit § 48 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch - SGB X).

Sie müssen dem Jobcenter alle Änderungen in den Verhältnissen mitteilen, die für den Bezug der Leistungen erheblich sind (§ 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch - SGB I). Dieser Verpflichtung sind Sie zumindest grob fahrlässig nicht rechtzeitig nachgekommen.

Die Entscheidung ist außerdem wegen Erzielung von Einkommen aufzuheben (§ 40 Absatz 2 Nummer 3 SGB II in Verbindung mit § 330 Absatz 3 Drittes Buch Sozialgesetzbuch - SGB III in Verbindung mit § 48 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch - SGB X).

Bei Ihnen ist Einkommen anzurechnen. Dies hat zum Wegfall des Anspruches geführt. Einkommen ist in dem Monat anzurechnen, in dem es zufließt (§ 11 Absatz 2 SGB II). Hierbei kommt es nicht auf persönliches Verschulden an.

Die Entscheidung ist außerdem wegen Kenntnis beziehungsweise grob fahrlässiger Unkenntnis über die Minderung beziehungsweise des Wegfalls der Leistungen aufzuheben (§ 40 Absatz 2 Nummer 3 SGB II in Verbindung mit § 330 Absatz 3 Drittes Buch Sozialgesetzbuch - SGB III in Verbindung mit § 48 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch - SGB X). Sie wussten beziehungsweise hätten wissen müssen, dass der Ihnen zuerkannte Anspruch ganz oder teilweise weggefallen ist.

Dieser Pflichtverstoß muss auch Ihrem Kind zugerechnet werden, da Sie als gesetzlicher Vertreter gehandelt haben (§§ 166, 278 Bürgerliches Gesetzbuch - BGB).

Zweitschrift

2. Erstattung

Die überzahlten Leistungen sind von Ihnen wie folgt zu erstatten, da sie aufgehoben worden sind (§ 50 Absatz 1 SGB X):

Rüster, Melanie; 355D087609		Beträge in Euro
Zeitraum	Leistungsart	Erstattungs- summe
01.05.2019 - 31.05.2019	Regelbedarf	424,00
	Mehrbedarf für Alleinerziehende	50,88
	KdU - Miete/Eigentum	268,83
01.06.2019 - 30.06.2019	Regelbedarf	424,00
	Mehrbedarf für Alleinerziehende	50,88
	KdU - Miete/Eigentum	268,83
Gesamtsumme		1.487,42

Die überzahlten Leistungen sind von Ihrem Kind Lenja Rüster, 355D088229 wie folgt zu erstatten, da sie aufgehoben worden sind (§ 50 Absatz 1 SGB X):

Rüster, Lenja; 355D088229		Beträge in Euro
Zeitraum	Leistungsart	Erstattungs- summe
01.05.2019 - 31.05.2019	KdU - Miete/Eigentum	112,83
01.06.2019 - 30.06.2019	KdU - Miete/Eigentum	112,83
Gesamtsumme		225,66

3. Einziehung

Die Erstattungsbeträge sind von jeder Person wie folgt bis zum **23.08.2019** unter Angabe des persönlichen Verwendungszwecks und Verwendung folgender Bankdaten zu überweisen:

Empfänger: BA-Service-Haus
 Institut: Bundesbank Nürnberg
 BIC: MARKDEF1760
 IBAN: DE50760000000076001617

Name, Vorname; Kundennummer	Verwendungszweck	Erstattungsbetrag
<u>Rüster, Melanie; 355D087609</u>	6201047058801	1.487,42
<u>Rüster, Lenja; 355D088229</u>	6201024699801	225,66

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann jeder Betroffene oder ein von diesem bevollmächtigter Dritter innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erheben. Für Minderjährige oder nicht geschäftsfähige Personen handelt deren gesetzlicher Vertreter. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der im Briefkopf genannten Stelle einzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

Jobcenter Märkischer Kreis

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist auch ohne Unterschrift wirksam.

Zweitschrift

Anlage Berechnungsbogen

Bitte beachten Sie:

Sollte Ihr derzeitiges Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis enden, sind Sie verpflichtet, sich spätestens drei Monate vor dessen Beendigung persönlich bei der Agentur für Arbeit arbeitsuchend zu melden (§ 38 Absatz 1 Drittes Buch Sozialgesetzbuch - SGB III). Liegen zwischen der Kenntnis des Beendigungszeitpunktes und der Beendigung des Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisses weniger als drei Monate, hat die Meldung innerhalb von drei Tagen nach Kenntnis des Beendigungszeitpunktes zu erfolgen. Betriebliche und schulische Ausbildungen sind von der Meldepflicht ausgenommen.

Zur Wahrung der Frist reicht eine Anzeige unter Angabe der persönlichen Daten und des Beendigungszeitpunktes aus, wenn die persönliche Meldung nach terminlicher Vereinbarung nachgeholt wird. Die Anzeige kann schriftlich, telefonisch oder persönlich bei der Agentur für Arbeit vor Ort erfolgen.

Die verpflichtende persönliche Meldung kann nach terminlicher Vereinbarung - spätestens jedoch am ersten Tag der Arbeitslosigkeit - nachgeholt werden.

Bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die sich nicht rechtzeitig oder nicht wirksam arbeitsuchend melden - weil sie den mit der Agentur für Arbeit vereinbarten Termin ohne wichtigen Grund nicht einhalten - tritt eine Sperrzeit von einer Woche ein. Für die Tage der Sperrzeit wird kein Arbeitslosengeld gezahlt und die Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosengeld gemindert.

Bitte geben Sie bei Überweisungen als Verwendungszweck **ausschließlich** die oben angegebene 13-stellige Nummer (ohne Sonder- oder Leerzeichen) an. Zusätzliche Angaben (zum Beispiel Nachname) führen zu Fehlbuchungen. Sollten gegen Sie oder gegebenenfalls andere Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft weitere Forderungen des Jobcenters bestehen, sind separate Überweisungen unter Angabe des für die jeweilige Forderung maßgebenden Verwendungszwecks zu tätigen. Kommen Sie Ihrer Zahlungspflicht nicht fristgerecht nach, werden Sie kostenpflichtig gemahnt.

Für die Zahlungsabwicklung und den Forderungseinzug wurde der Inkasso-Service beauftragt. Bitte wenden Sie sich an den Inkasso-Service, wenn sich Ihre Anschrift geändert hat oder Sie die Forderung nicht bis 23.08.2019 zahlen können. Anträge im Zusammenhang mit den Zahlungsmodalitäten (zum Beispiel Ratenzahlung, Stundung) sind dorthin zu richten.

Kontaktdaten des Inkasso-Service:

Agentur für Arbeit Recklinghausen
Inkasso-Service
Postfach 101055
45610 Recklinghausen

E-Mail: Inkasso-Service@arbeitsagentur.de
Internet: www.arbeitsagentur.de
Telefonnummer: 0800/4555510 (Der Anruf ist für Sie kostenfrei.)
Faxnummer: 02361/402923
Verwendungszweck: 6201047058801
Verwendungszweck: 6201024699801

Dienstgebäude:
Görresstr. 15
45657 Recklinghausen

Die Haftung Minderjähriger ist auf das vorhandene Vermögen bei Eintritt der Volljährigkeit beschränkt, sofern sich der Betroffene auf die Einrede nach § 1629a Absatz 1 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) beruft und die Voraussetzungen hierfür vorliegen.

Bis zum Abschluss des Verwaltungsverfahrens kann die Einrede der Beschränkung der Minderjährigenhaftung gegenüber dem Jobcenter eingelegt werden. Mit Abschluss des Verwaltungsverfahrens kann die Einrede der Haftungsbeschränkung Minderjähriger gegenüber der Vollstreckungsbehörde erhoben werden.

Bis zum Eintritt der Volljährigkeit kann die Beschränkung der Minderjährigenhaftung nicht berücksichtigt werden, weil die Volljährigkeit als unabdingbare Voraussetzung nicht vorliegt.

Jobcenter Märkischer Kreis Auslagerung Brausestraße - -		10. September 2019
416 - 35502//0007186 - W-35502-02214/19		
 2	OrgZeichen: 416 Name: Frau Brenscheidt Telefon: 02371 905 604	

Über SGL
an 435
per eAkte-Postkorb

Widerspruchsverfahren

Zuschrift zur Abhilfe
Leistungsfall: Melanie Rüster

Termin: 25. September 2019

vertreten durch Rechtsanwalt Lars Schulte-Bräucker

Widerspruch vom 12.08.2019 gegen den Bescheid vom 06.08.2019

Die Entscheidung ist ganz aufzuheben. Bitte erteilen Sie einen Abhilfebescheid an den Bevollmächtigten.

Begründung:

Die Widerspruchsführer wenden sich gegen den Erstattungsbescheid gem. § 48 SGB X vom 06.08.2019.

Der BG wurden mit Bescheid vom 06.11.18 für den ZR 12/18-11/19 SGB II Leistungen in Form der AB vom 24.11.18, 29.01.19, 15.02.19, 19.02.19, 28.02.19 bewilligt.

Am 01.06.19 erging ein AB für Juli 2019, mit Bescheiden vom 05.06.19 u 02.07.19 wurde die Leistungsbewilligung ab Juli 19 wegen Einkommens aufgehoben.

Der Bescheid vom 06.08.19 zur Erstattung betrifft die Monate Mai und Juni 2019.

Laut Gerichtsprotokoll vom 05.04.19 (siehe eAkte 17.04.19) und Aktenanmerkung gilt der streitige Zeitraum nicht als endgültig, sondern als vorläufig bewilligt.

Somit hätte es keiner Entscheidung nach § 48 SGB X bedurft, sondern einer Festsetzung und Erstattung bei Festsetzung.

Diese Entscheidungen sind auch noch nachzuholen! (Festsetzung 12/18-06/19 und Erstattung).

Die Entscheidung nach § 48 SGB X ist daher rechtswidrig, richtige Rechtsgrundlage ist § 41a VI 3 SGB II iVm § 50 SGB X.

Eine Umdeutung nach § 43 SGB X oder Auslegung des angegriffenen Bescheides in eine Erstattung bei Festsetzung ist rechtlich nicht möglich.

An Stelle der Rechtsbehelfsbelehrung ist der Hinweis aufzunehmen:

'Dem Widerspruch ist damit in vollem Umfang abgeholfen.'

Die Kostenentscheidung lautet:

'Die Ihnen im Widerspruchsverfahren entstandenen Kosten werde ich auf Antrag erstatten, soweit sie notwendig waren und nachgewiesen werden.'

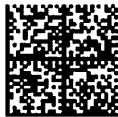
'Dies gilt auch für die Gebühren und Auslagen Ihres Bevollmächtigten.'

Im Auftrag

Brenscheidt (Versendung über eAkte, daher ohne Unterschrift)

Zweitschrift

Persönliche Vorsprachen:
Neumarkt 5, 58706 Menden



2

jobcenter
Märkischer Kreis

Jobcenter Märkischer Kreis, Neumarkt 5, 58706 Menden

Herr
Lars Schulte-Bräucker
Kalthofer Str. 27
58640 Iserlohn

Ihr Zeichen: 1213-19/SB/IL
Ihre Nachricht:
Mein Zeichen: 430
BG-Nummer: 35502//0007186
(Bei jeder Antwort bitte angeben)

Name: Frau Pohl
Telefon: 49 2371 905 120
Telefax: 49 2373 9172499
E-Mail: Jobcenter-Maerkischer-Kreis.Team-430@jobcenter-ge.de
Datum: 10.09.2019

Abhilfebescheid im Widerspruchsverfahren
Ihre Mandantin: Melanie Rüster
Ihr Aktenzeichen: 1213-19/SB/IL

Sehr geehrter Herr Schulte Bräucker,

den Bescheid zur Aufhebung, Erstattung und Zahlungsaufforderung vom 06.08.2019 hebe ich auf.

Ihrem Widerspruch konnte demnach in vollem Umfang abgeholfen werden.

Die im Widerspruchsverfahren entstandenen Kosten werde ich auf Antrag erstatten, soweit sie notwendig waren und nachgewiesen werden. Dies gilt auch für die durch Ihre Bevollmächtigung entstandenen Gebühren und Auslagen.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

abgeg. abdrück. i. wies. vert. voll. v19.02.00.00.04.00_v7_27.10.2017

Dienstgebäude
Neumarkt 5
58706 Menden

Telefon
+49600/666-4888
Telefax
+492373/9172-499
Internet
www.jobcenter-mk.de

Öffnungszeiten

Bankverbindung
BA-Service-Haus
Bundesbank
BIC: MARKDEF1760
IBAN: DE5076000000076001617

Entwurf



jobcenter
Märkischer Kreis

Bearbeiter/-in: Frau Petra Vaupel
Dokument: Erstattung bei endgültiger Festsetzung-2509191342-Frau
Petra Vaupel

abgeschickt am:

Jobcenter Märkischer Kreis Dienststelle Menden, Neumarkt 5,
58706 Menden

355D087609

Melanie Rüster
Anne-Frank-Str. 31
58708 Menden

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht:

Mein Zeichen: 430-355D087609

Kundennummer: 355D087609

(Bei jeder Antwort bitte angeben)

BG-Nummer: 35502/0007186

Name: Frau Vaupel

Durchwahl: 02373 91724 35

Telefax: 02373 9172 499

E-Mail: Jobcenter-Maerkischer-Kreis-Team-430
@jobcenter-ge.de

Datum: 25. September 2019

Erstattung von Leistungen bei endgültiger Festsetzung des Leistungsanspruches

Sehr geehrte Frau Rüster,

dieser Bescheid richtet sich an Sie und an Sie in Ihrer Eigenschaft als gesetzlicher Vertreter Ihres minderjährigen Kindes Lenja Rüster.

Laut Gerichtsprotokoll vom 05.04.19 sind alle Bescheide vom 01.12.18 bis 30.11.19 als vorläufig anzusehen, somit sind der Bewilligungsbescheid vom 6. November 2018 und die Änderungsbescheide vom 24. November 2018, 29. Januar 2019, 15. Februar 2019, 19. Februar 2019 und 28. Februar 2019 als vorläufig bewilligt anzusehen (§ 41a Zweites Buch Sozialgesetzbuch - SGB II).

Da nun über den Leistungsanspruch mit beiliegendem Bescheid endgültig entschieden werden konnte, wurde festgestellt, dass Sie und Ihr minderjähriges Kind keinen Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts haben.

1. Erstattung

Sie und Ihr Kind haben wie folgt Leistungen erhalten, ohne dass hierauf ein Anspruch bestand:

2a41a-01

Postanschrift
Jobcenter Märkischer Kreis
Dienststelle Menden
Neumarkt 5
58706 Menden
Besucheradresse
Neumarkt 5
58706 Menden

Bankverbindung
BA-Service-Haus
Bundesbank
BIC: MARKDEF1760
IBAN: DE5076000000075001617

Internet: www.jobcenter-mk.de

Öffnungszeiten
Mo - Fr 7:30 - 12:30 Uhr
und Do 14:00 - 17:00 Uhr (nur für

- 2 -

Melanie Rüster, 29.06.1977			Beträge in Euro		
Zeitraum	Bewilligung (B)/ Änderung (Ä) vom	Leistungsart	Betrag/ Gutschein/ sonstige Erbringung (bisher)	Betrag/ Gutschein/ sonstige Erbringung (neu)	Erstattungs- summe
01.05.2019 - 31.05.2019	06.11.2018 (B)	Regelbedarf	424,00	0,00	743,71
	24.11.2018 (Ä)				
	29.01.2019 (Ä)	Mehrbedarf für Alleinerziehende	50,88	0,00	
	15.02.2019 (Ä)				
	19.02.2019 (Ä)	KdU- Miete/Eigentum	268,83	0,00	
	28.02.2019 (Ä)				
01.06.2019 - 30.06.2019	06.11.2018 (B)	Regelbedarf	424,00	0,00	743,71
	24.11.2018 (Ä)				
	29.01.2019 (Ä)	Mehrbedarf für Alleinerziehende	50,88	0,00	
	15.02.2019 (Ä)				
	19.02.2019 (Ä)	KdU- Miete/Eigentum	268,83	0,00	
	28.02.2019 (Ä)				
Gesamtsumme					1.487,42

Den Betrag in Höhe von **1.487,42 Euro** müssen Sie grundsätzlich in einer Summe erstatten (§ 41a Absatz 6 SGB II).

Lenja Rüster, 31.01.2004			Beträge in Euro		
Zeitraum	Bewilligung (B)/ Änderung (Ä) vom	Leistungsart	Betrag/ Gutschein/ sonstige Erbringung (bisher)	Betrag/ Gutschein/ sonstige Erbringung (neu)	Erstattungs- summe
01.05.2019 - 31.05.2019	06.11.2018 (B)	KdU- Miete/Eigentum			112,83
	24.11.2018 (Ä)				
	29.01.2019 (Ä)				
	15.02.2019 (Ä)				
	19.02.2019 (Ä)		112,83	0,00	
	28.02.2019 (Ä)				
01.06.2019 - 30.06.2019	06.11.2018 (B)	KdU- Miete/Eigentum			112,83
	24.11.2018 (Ä)				
	29.01.2019 (Ä)				
	15.02.2019 (Ä)				
	19.02.2019 (Ä)		112,83	0,00	
	28.02.2019 (Ä)				
Gesamtsumme					225,66

Den Betrag in Höhe von **225,66 Euro** müssen Sie grundsätzlich in einer Summe erstatten (§ 41a Absatz 6 SGB II).

Dem beiliegenden endgültigen Bescheid entnehmen Sie bitte die Ihnen tatsächlich zustehenden Leistungen. Da diese Leistungen von den Ihnen gezahlten Leistungen (siehe oben genannte Bescheide) im Zeitraum vom 1. Mai 2019 bis 30. Juni 2019 abweichen, ist die Differenz zu erstatten.

Die Abweichungen zwischen dem vorläufigen Bescheid vom 6. November 2018, geändert durch Bescheide vom 24. November 2018, 29. Januar 2019, 15. Februar 2019, 19. Februar 2019 und 28. Februar 2019 und dem beiliegenden endgültigen Bescheid ergeben sich aus folgendem Grund:

Sie erzielten Einkommen.

Sie haben einen Arbeitsvertrag ab dem 02.05.2019 mit der Lüdenscheld Talstr. 104 Objekt UG & Co.KG (Safe-Box Self Storage GmbH Duisburg) geschlossen. Das Einkommen aus dieser Tätigkeit mindert Ihren SGB II Leistungsanspruch. Dieses Arbeitsverhältnis teilten Sie, entgegen Ihrer Mitwirkungspflicht gemäß § 60 SGB I, nicht unverzüglich, sondern erst am 04.06.2019, und somit verspätet, mit. In der Folge kam es zu einer Überzahlung Ihrer SGB II

Leistungen, im Mai und Juni 2019, zu deren Erstattung Sie verpflichtet sind.

2. Einziehung

Die Erstattungsbeträge sind von jeder Person wie folgt bis zum **13. Oktober 2019** unter Angabe des persönlichen Verwendungszwecks und Verwendung folgender Bankdaten zu überweisen:

Empfänger: BA-Service-Haus
Institut: Bundesbank Nürnberg

BIC: MARKDEF 1760
IBAN: DE50760000000076001617

Vorname Name	Verwendungszweck	Erstattungsbetrag
Melanie Rüster	6201047058801	1.487,42 Euro
Lenja Rüster	6201024699801	225,66 Euro

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann jeder Betroffene oder ein von diesem bevollmächtigter Dritter innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erheben. Für Minderjährige oder nicht geschäftsfähige Personen handelt deren gesetzlicher Vertreter. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der im Briefkopf genannten Stelle einzulegen.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Vaupel

gez. Unterschrift

Anlage:
Bescheid

Bitte beachten Sie:

Bitte geben Sie bei Überweisungen als Verwendungszweck **ausschließlich** die oben angegebene 13-stellige Nummer (ohne Sonder- oder Leerzeichen) an. Zusätzliche Angaben (z. B. Nachname) führen zu Fehlbuchungen. Sollten gegen Sie oder ggf. andere Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft weitere Forderungen des Jobcenters bestehen, sind separate Überweisungen unter Angabe des für die jeweilige Forderung maßgebenden Verwendungszwecks zu tätigen. Kommen Sie Ihrer Zahlungspflicht nicht fristgerecht nach, werden Sie kostenpflichtig gemahnt.

Für die Zahlungsabwicklung und den Forderungseinzug wurde der Inkasso-Service beauftragt. Bitte wenden Sie sich an den Inkasso-Service, wenn sich Ihre Anschrift geändert hat oder Sie die Forderung nicht bis 13. Oktober 2019 zahlen können. Anträge im Zusammenhang mit den Zahlungsmodalitäten (z. B. Ratenzahlung, Stundung) sind dorthin zu richten.

Kontaktdaten des Inkasso-Service:

Agentur für Arbeit Recklinghausen
Inkasso-Service



Jobcenter Märkischer Kreis, Neumarkt 5, 58706 Menden

Frau
Melanie Rüster
Anne-Frank-Str. 31
58708 Menden - Mitte

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht:
Mein Zeichen: 430
BG-Nummer: 35502//0007186
(Bei jeder Antwort bitte angeben)
Telefon: 0800 666 4 888
Telefax: 49 2373 9172499
E-Mail: Jobcenter-Maerkischer-Kreis.Team-430@jobcenter-ge.de
Datum: 25.09.2019

Bewilligung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts

Sehr geehrte Frau Rüster,

auf Ihren Antrag vom **26.10.2018** bewillige ich Ihnen und den mit Ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen für die Zeit vom 01.12.2018 bis 30.06.2019 folgende Leistungen:

Monatlicher Gesamtbetrag für Dezember 2018 in Höhe von	291,47 Euro
Monatlicher Gesamtbetrag für Januar 2019 in Höhe von	803,29 Euro
Monatlicher Gesamtbetrag für Februar 2019 bis März 2019 in Höhe von	1.004,94 Euro
Monatlicher Gesamtbetrag für April 2019 in Höhe von	906,01 Euro
Monatlicher Gesamtbetrag für Mai 2019 bis Juni 2019 in Höhe von	0,00 Euro

	Zeitraum	Gesamtbetrag in Euro
Rüster, Melanie; 355D087609	12/18	265,30
	01/19	727,09
	02/19 - 03/19	892,11
	04/19	793,18
Rüster, Lenja; 355D088229	12/18	26,17
	01/19	76,20
	02/19 - 04/19	112,83

Im Übrigen wird Ihr Antrag abgelehnt.

Begründung:

Nach den vorläufigen Entscheidungen vom 06.11.18, 24.11.18, 29.01.19, 15.02.19, 19.02.19 und 28.02.19. ergeht nunmehr eine abschließende Entscheidung.

Endgültige Bewilligung nach Vorlage der Lohnabrechnung und des Gehaltszuflusses.

Wie sich die Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch - SGB II im Einzelnen zusammensetzen, können Sie dem beiliegenden Berechnungsbogen entnehmen.

abgno_bewilligungsbuchschid..._v19.02.01.00.02.00_v00_20.03.2019

Dienstgebäude
Neumarkt 5
58706 Menden

Telefon
+49800/666-4888
Telefax
+492373/9172-499
Internet
www.jobcenter-mk.de

Öffnungszeiten

Bankverbindung
BA-Service-Haus
Bundesbank
BIC: MARKDEF1760
IBAN: DE50760000000076001617

Zweitschrift

Verwendungszweck 1 = Bedarfsgemeinschaft Nummer / Dienststellennummer des Jobcenters

Verwendungszweck 2 = 1 / + Summe BA-Leistungen in Euro

Verwendungszweck 3 = 2 / + Summe kommunaler Leistungen in Euro.

Zweitschrift

Berechnung der Leistungen für Januar 2019:

Höhe der monatlichen Bedarfe in Euro

	Gesamtbedarf		
Familienname		Rüster	Rüster
Vorname		Melanie	Lenja
Geburtsdatum		29.06.1977	31.01.2005
Kundennummer		355D087609	355D088229
Regelbedarf	726,66	424,00	01.01. - 30.01. 291,93 31.01. - 31.01. 10,73 Summe: 302,66
Mehrbedarf für Alleinerziehende	50,88	50,88	
Mehrbedarf für Behinderte	148,40	148,40	
Grundmiete	262,66	131,33	131,33
Heizkosten	121,00	60,50	60,50
Nebenkosten	154,00	77,00	77,00
Gesamtbedarf	1.463,60	892,11	571,49

Die Bedarfe für Unterkunft und Heizung werden zu gleichen Teilen auf die Mitglieder der Haushaltsgemeinschaft aufgeteilt. Geringe Abweichungen sind möglich, wenn der Gesamtbetrag der Bedarfe für Unterkunft und Heizung nicht exakt durch die Personenanzahl teilbar ist.

Zu berücksichtigendes monatliches Einkommen in Euro

	Gesamtbeitrag		
	355D087609	355D088229	
sonstiges Einkommen			
Übergangsgeld RVT	267,10	267,10	
Kindunterhalt	284,00		284,00
Kindergeld	194,00		194,00
Gesamteinkommen	745,10	267,10	478,00
Abzüglich Absetzungen vom Gesamteinkommen	84,79	84,79	
zu berücksichtigendes Gesamteinkommen	660,31	182,31	478,00

Berücksichtigung des personenbezogenen Einkommens in Euro

	Gesamtbeitrag		
	355D087609	355D088229	
Gesamtbedarf	571,49		571,49
Personenbezogenes Einkommen	478,00		478,00
Bedarf	93,49		93,49

Einkommen wird grundsätzlich anteilig bedarfsbezogen auf alle Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft verteilt. Ausgenommen von der Verteilung ist das Einkommen von Kindern. Kindeseinkommen wird nur vom Bedarf des Kindes abgezogen. Die Verteilung des Kindergeldes richtet sich nach dem ungedeckten Bedarf des Kindes. Beträge, die das Kind nicht zur Deckung des eigenen Bedarfes benötigt, werden als Einkommen des Kindergeldberechtigten berücksichtigt und in die Verteilung einbezogen.

Berücksichtigung des verteilbaren Einkommens in Euro

	Gesamtbeitrag		
	355D087609	355D088229	
Einkommen	182,31	182,31	
Anteil verteilbares Einkommen	182,31	165,02	17,29

In einer Bedarfsgemeinschaft ist jede Person im Verhältnis ihres individuellen Bedarfs zum Gesamtbedarf der Bedarfsgemeinschaft hilfebedürftig. Die Einkommensverteilung auf die Personen in der Bedarfsgemeinschaft erfolgt nach deren individuellen Bedarfsanteilen.

Hierzu wird für die Berechnung des auf die Einzelperson zu verteilenden Einkommens das gesamte verteilbare Einkommen mit dem zu berücksichtigenden Bedarf der Einzelperson multipliziert und durch den verbleibenden Gesamtbedarf der Bedarfsgemeinschaft dividiert.

Höhe der monatlich zustehenden Leistungen nach Berücksichtigung von Einkommen in Euro

	Anspruch		
	355D087609	355D088229	
Regelbedarf	258,98	258,98	
Mehrbedarf für Alleinerziehende	50,88	50,88	
Mehrbedarf für Behinderte	148,40	148,40	
KdU - Miete/Eigentum	345,03	268,83	76,20
Summe	803,29	727,09	76,20

Anzurechnendes Einkommen deckt zunächst die Bedarfe zur Sicherung des Lebensunterhaltes. Das nach dieser Anrechnung verbleibende Einkommen deckt die Bedarfe für Unterkunft und Heizung.

Zweitschrift

Berechnung der Leistungen für Februar 2019 bis März 2019:

Höhe der monatlichen Bedarfe in Euro

	Gesamtbedarf			
Familienname		Rüster	Rüster	
Vorname		Melanie	Lenja	
Geburtsdatum		29.06.1977	31.01.2005	
Kundennummer		355D087609	355D088229	
Regelbedarf	746,00	424,00	322,00	
Mehrbedarf für Alleinerziehende	50,88	50,88		
Mehrbedarf für Behinderte	148,40	148,40		
Grundmiete	262,66	131,33	131,33	
Heizkosten	121,00	60,50	60,50	
Nebenkosten	154,00	77,00	77,00	
Gesamtbedarf	1.482,94	892,11	590,83	

Die Bedarfe für Unterkunft und Heizung werden zu gleichen Teilen auf die Mitglieder der Haushaltsgemeinschaft aufgeteilt. Geringe Abweichungen sind möglich, wenn der Gesamtbetrag der Bedarfe für Unterkunft und Heizung nicht exakt durch die Personenanzahl teilbar ist.

Zu berücksichtigendes monatliches Einkommen in Euro

	Gesamtbetrag	355D087609	355D088229	
sonstiges Einkommen				
Kindesunterhalt	284,00		284,00	
Kindergeld	194,00		194,00	
zu berücksichtigendes Gesamteinkommen	478,00		478,00	

Berücksichtigung des personenbezogenen Einkommens in Euro

	Gesamtbetrag	355D087609	355D088229	
Gesamtbedarf	590,83		590,83	
Personenbezogenes Einkommen	478,00		478,00	
Bedarf	112,83		112,83	

Einkommen wird grundsätzlich anteilig bedarfsbezogen auf alle Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft verteilt. Ausgenommen von der Verteilung ist das Einkommen von Kindern. Kindeseinkommen wird nur vom Bedarf des Kindes abgezogen. Die Verteilung des Kindergeldes richtet sich nach dem ungedeckten Bedarf des Kindes. Beträge, die das Kind nicht zur Deckung des eigenen Bedarfes benötigt, werden als Einkommen des Kindergeldberechtigten berücksichtigt und in die Verteilung einbezogen.

Höhe der monatlich zustehenden Leistungen nach Berücksichtigung von Einkommen in Euro

	Anspruch	355D087609	355D088229	
Regelbedarf	424,00	424,00		
Mehrbedarf für Alleinerziehende	50,88	50,88		
Mehrbedarf für Behinderte	148,40	148,40		
KdU - Miete/Eigentum	381,66	268,83	112,83	
Summe	1.004,94	892,11	112,83	

Anzurechnendes Einkommen deckt zunächst die Bedarfe zur Sicherung des Lebensunterhaltes. Das nach dieser Anrechnung verbleibende Einkommen deckt die Bedarfe für Unterkunft und Heizung.

Zweitschrift

Berechnung der Leistungen für April 2019:

Höhe der monatlichen Bedarfe in Euro

	Gesamtbedarf			
Familienname		Rüster	Rüster	
Vorname		Melanie	Lenja	
Geburtsdatum		29.06.1977	31.01.2005	
Kundennummer		355D087609	355D088229	
Regelbedarf	746,00	424,00	322,00	
Mehrbedarf für Alleinerziehende	50,88	50,88		
Mehrbedarf für Behinderte	49,47	01.04. - 10.04.		
		49,47		
Grundmiete	262,66	131,33	131,33	
Heizkosten	121,00	60,50	60,50	
Nebenkosten	154,00	77,00	77,00	
Gesamtbedarf	1.384,01	793,18	590,83	

Die Bedarfe für Unterkunft und Heizung werden zu gleichen Teilen auf die Mitglieder der Haushaltsgemeinschaft aufgeteilt. Geringe Abweichungen sind möglich, wenn der Gesamtbetrag der Bedarfe für Unterkunft und Heizung nicht exakt durch die Personenanzahl teilbar ist.

Zu berücksichtigendes monatliches Einkommen in Euro

	Gesamtbetrag	355D087609	355D088229	
sonstiges Einkommen				
Kindesunterhalt	284,00		284,00	
Kindergeld	194,00		194,00	
zu berücksichtigendes Gesamteinkommen	478,00		478,00	

Berücksichtigung des personenbezogenen Einkommens in Euro

	Gesamtbetrag	355D087609	355D088229	
Gesamtbedarf	590,83		590,83	
Personenbezogenes Einkommen	478,00		478,00	
Bedarf	112,83		112,83	

Einkommen wird grundsätzlich anteilig bedarfsbezogen auf alle Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft verteilt. Ausgenommen von der Verteilung ist das Einkommen von Kindern. Kindeseinkommen wird nur vom Bedarf des Kindes abgezogen. Die Verteilung des Kindergeldes richtet sich nach dem ungedeckten Bedarf des Kindes. Beträge, die das Kind nicht zur Deckung des eigenen Bedarfes benötigt, werden als Einkommen des Kindergeldberechtigten berücksichtigt und in die Verteilung einbezogen.

Höhe der monatlich zustehenden Leistungen nach Berücksichtigung von Einkommen in Euro

	Anspruch	355D087609	355D088229	
Regelbedarf	424,00	424,00		
Mehrbedarf für Alleinerziehende	50,88	50,88		
Mehrbedarf für Behinderte	49,47	01.04. - 10.04.		
		49,47		
KdU - Miete/Eigentum	381,66	268,83	112,83	
Summe	906,01	793,18	112,83	

Anzurechnendes Einkommen deckt zunächst die Bedarfe zur Sicherung des Lebensunterhaltes. Das nach dieser Anrechnung verbleibende Einkommen deckt die Bedarfe für Unterkunft und Heizung.

Zweitschrift

Berechnung der Leistungen für Mai 2019 bis Juni 2019:

Höhe der monatlichen Bedarfe in Euro

	Gesamtbedarf		
Familienname		Rüster	Rüster
Vorname		Melanie	Lenja
Geburtsdatum		29.06.1977	31.01.2005
Kundennummer		355D087609	355D088229
Regelbedarf	746,00	424,00	322,00
Mehrbedarf für Alleinerziehende	50,88	50,88	
Grundmiete	262,66	131,33	131,33
Heizkosten	121,00	60,50	60,50
Nebenkosten	154,00	77,00	77,00
Gesamtbedarf	1.334,54	743,71	590,83

Die Bedarfe für Unterkunft und Heizung werden zu gleichen Teilen auf die Mitglieder der Haushaltsgemeinschaft aufgeteilt. Geringe Abweichungen sind möglich, wenn der Gesamtbetrag der Bedarfe für Unterkunft und Heizung nicht exakt durch die Personenanzahl teilbar ist.

Zu berücksichtigendes monatliches Einkommen in Euro

	Gesamtbeitrag		
	355D087609	355D088229	
Einkommen aus Erwerbstätigkeit			
Brutto	1.969,93	1.969,93	
Netto	1.400,00	1.400,00	
Abzüglich Werbungskosten auf das Erwerbseinkommen	190,00	190,00	
Abzüglich Absetzungen vom Erwerbseinkommen	96,25	96,25	
Abzüglich Freibetrag auf das Erwerbseinkommen	230,00	230,00	
Zwischensumme Erwerbseinkommen	883,75	883,75	
sonstiges Einkommen			
Kindunterhalt	284,00		284,00
Kindergeld	194,00		194,00
zu berücksichtigendes Gesamteinkommen	1.361,75	883,75	478,00

Bei Erwerbseinkommen bis zu 400,00 Euro werden die Absetzbeträge für Werbungskosten, Versicherungsbeiträge und eine geförderte Altersvorsorge unabhängig von der tatsächlichen Höhe mit einem Betrag in Höhe von 100,00 Euro (Grundabsetzbetrag) berücksichtigt. Bei Erwerbseinkommen über 400,00 Euro werden die tatsächlichen Absetzbeträge für Werbungskosten, Versicherungsbeiträge und eine geförderte Altersvorsorge, mindestens aber 100,00 Euro berücksichtigt.

Auf das monatliche Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit über 100 Euro bis 1.000 Euro wird ein Freibetrag in Höhe von 20 Prozent gewährt. Auf das Bruttoeinkommen über 1.000 Euro bis 1.200 Euro ein weiterer Freibetrag in Höhe von 10 Prozent. Wenn Sie ein minderjähriges Kind haben oder mit einem minderjährigen Kind in der Bedarfsgemeinschaft leben wird der Freibetrag in Höhe von 10 Prozent bis zu einem Bruttoeinkommen von 1.500 Euro gewährt.

Berücksichtigung des personenbezogenen Einkommens in Euro

	Gesamtbeitrag		
	355D087609	355D088229	
Gesamtbedarf	590,83		590,83
Personenbezogenes Einkommen	478,00		478,00
Bedarf	112,83		112,83

Einkommen wird grundsätzlich anteilig bedarfsbezogen auf alle Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft verteilt. Ausgenommen von der Verteilung ist das Einkommen von Kindern. Kindeseinkommen wird nur vom Bedarf des Kindes abgezogen. Die Verteilung des Kindergeldes richtet sich nach dem ungedeckten Bedarf des Kindes. Beträge, die das Kind nicht zur Deckung des eigenen Bedarfs benötigt, werden als Einkommen des Kindergeldberechtigten berücksichtigt und in die Verteilung einbezogen.

Berücksichtigung des verteilbaren Einkommens in Euro

	Gesamtbeitrag		
	355D087609	355D088229	
Einkommen	883,75	883,75	
Anteil verteilbares Einkommen	883,75	767,34	116,41

In einer Bedarfsgemeinschaft ist jede Person im Verhältnis ihres individuellen Bedarfs zum Gesamtbedarf der Bedarfsgemeinschaft hilfebedürftig. Die Einkommensverteilung auf die Personen in der Bedarfsgemeinschaft erfolgt nach deren individuellen Bedarfsanteilen. Hierzu wird für die Berechnung des auf die Einzelperson zu verteilenden Einkommens das gesamte verteilbare Einkommen mit dem zu berücksichtigenden Bedarf der Einzelperson multipliziert und durch den verbleibenden Gesamtbedarf der Bedarfsgemeinschaft dividiert.

Zweitschrift

Höhe des übersteigenden Einkommens in Euro

	Gesamtbetrag	355D087609	355D088229		
Gesamtbetrag des übersteigenden verteilbaren Einkommens	27,21	23,63	3,58		
Gesamtbetrag des übersteigenden Einkommens	27,21	23,63	3,58		

Lauf der Verjährungsfrist

von

bis

Verfügung:

1. ☐ Verdacht einer Ordnungswidrigkeit oder Straftat besteht nicht.
- ☐ Verdacht einer Ordnungswidrigkeit besteht. Ein Ermittlungsverfahren ist nicht einzuleiten, weil
- ☐ die Ordnungswidrigkeit verjährt ist (§§ 31 – 33 OWiG).
 - ☐ die Ordnungswidrigkeit nicht zu verfolgen ist (§ 47 OWiG).
 - ☐ ein anderes Verfolgungshindernis besteht.

Begründung (stichwortartig):

.....

2. ☐ Eine Ordnungswidrigkeit liegt vor. Der Betroffene ist zu verwarnen.
- ☐ Verwarnung ohne Verwarnungsgeld (formlos).
 - ☐ Verwarnung mit Verwarnungsgeld in Höhe von EUR.
Gleichzeitig wird das Ermittlungsverfahren eingeleitet:

Bescheinigung über die Erteilung einer Verwarnung fertigen.

Ordnungswidrigkeit gemäß § 63 Absatz 1 Nr.

Sachverhalt vgl. Bl.

Annahmeanordnung erteilen

Durchschrift der Bescheinigung zur Akte nehmen:

3. ☒ Verdacht einer Ordnungswidrigkeit besteht.
- ☐ Für die weitere Bearbeitung ist eine andere Behörde zuständig. Abgabe an
 - ☐ Das Ermittlungsverfahren wurde bereits eingeleitet, vgl. Bl.
 - ☒ Das Ermittlungsverfahren wird eingeleitet:
 - ☒ Mitteilung an den Betroffenen
Verdacht auf Ordnungswidrigkeit gemäß § 63 Absatz 1 Nr.
Text vgl. Bl.
 - ☐ Zeugenvernehmung veranlassen:
 - ☐ Durchsuchung/Beschlagnahme veranlassen:
 - ☐ Arbeitsaufnahme bei Fa. AA bei Safe-Box Self Storage GmbH verspätet mitgeteilt.

4. ☐ Anhaltspunkte für eine Straftat bestehen.
- ☐ Strafanzeige erstatten:
 - ☐ Verfahren an die Staatsanwaltschaft gemäß § 41 OWiG abgeben:
 - ☐ Verfahren an die Zollverwaltung abgeben:
 - ☐ Verfahren an abgeben:

Begründung (stichwortartig):

.....

Erledigt	
Namenszeichen	Datum
	22.11.19
	22.11.19

Erledigt	
Namenszeichen	Datum

5. ☐ Folgendes ist noch zu klären:

.....

☐ Schreiben an

☐

6. Erfassung in FALKE:

7. ☒ z.d.A. / WV am wegen

Im Auftrag

Sautner
(Unterschrift des Entscheidungsbefugten)

Zu dem erhobenen Vorwurf können Sie sich **innerhalb von zwei Wochen** nach Zugang dieses Schreibens schriftlich unter Verwendung des **beigefügten Anhörungsbogens** oder – nach vorheriger Terminabsprache – zur Niederschrift bei der im Briefkopf bezeichneten Stelle äußern. Von einer telefonischen Stellungnahme sollten Sie aus Beweisgründen absehen. **Bitte senden Sie den Anhörungsbogen auch dann zurück, wenn Sie sich nicht zur Sache äußern wollen.**

Sie sind nicht verpflichtet, zur Sache auszusagen. Sollten Sie die Gelegenheit zur Stellungnahme nicht wahrnehmen, müssen Sie damit rechnen, dass nach Ablauf der Anhörungsfrist ohne weiteres Anschreiben nach Aktenlage ein Bußgeldbescheid gegen Sie erlassen wird.

Wird eine Geldbuße festgesetzt, sind gemäß § 17 Abs. 3 OWiG Ihre wirtschaftlichen Verhältnisse zu berücksichtigen. Angaben hierzu sind freiwillig und unabhängig davon, ob Sie sich zum Sachverhalt äußern.

Anlagen:
Gesetzestexte zu Ihrer Information
Anhörungsbogen

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Sautner
1. Original an Adressaten senden.
2. WV 20.12.2019: Eingang Antwort auf Anhörung
3. z.d.A.

Orientierungshilfe zur Ermittlung der Bußgeldhöhe

Verfahren	
Verfahrensnummer:	OWI-EV-35502-01859/19
Org-Zeichen:	416
Betroffene/r:	Melanie Rüster
Sachbearbeiter/in:	Jobke
Rechtskreis:	SGBII
Höhe der zu Unrecht erbrachten Leistung:	
Fahrlässigkeit liegt vor.	
	Betrag in €
	1.713,08 €
Richtwert für die festzusetzende Geldbuße:	428,27 €
Gründe für die Erhöhung des Richtwertes	
Erste Wiederholungstat (bis zu 100%)	
Erhöhte Schuld aufgrund der Dauer und der Intensität der Zuwiderhandlung	
Überzahlung von bis zu 6 Monaten (bis zu 50%)	
Überzahlung von mehr als 6 Monaten (bis zu 100%); <u>nur wenn kein Straftatverdacht</u>	
Leichtfertigkeit (bis zu 20%)	
Verschleierungshandlungen (bis zu 100%)	
Uneinsichtigkeit (bis zu 50%)	
Gründe für die Minderung des Richtwertes	
Bekanntgabe der Tat durch die/den Betroffene/n (bis zu 20%)	
Unverzügliche Schadenswiedergutmachung (bis zu 30%)	
Einsicht und aktives Mitwirken bei der Sachverhaltsaufklärung (bis zu 20%)	
Jugendliches Alter (bis zu 10%)	
Vermeidbarer Verbotsirrtum (bis zu 10%)	
Ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse (bis zu 30%)	
Weitere Zumessungserwägungen	
Orientierungswert für die Bußgeldhöhe	428,27 €
Geldbuße gerundet:	430,00 €
Gebühren (5,00 %, mindestens 25 €)	25,00 €
Auslagen (zur Zeit 3,50 €):	3,50 €
Gesamtbetrag	458,50 €
Der Orientierungswert stellt eine Entscheidungshilfe und keine starre Regelung dar. Im Rahmen einer Individualentscheidung ist eine abschließende Gesamtwürdigung unter Abwägung der Umstände des Einzelfalles vorzunehmen. Diese ist in der Abschlussverfügung darzustellen.	
Datum / gez.:	

DATEN DER KASSENANORDNUNG

Anordnungsnummer : 400070858538
Anordnungstyp : DR: Annahmeanordnung
Belegart : DR
Referenz : 355D087609_FAL
Buchungsdatum : 11.05.2020 **Haushaltsjahr:** 2020
Status : Abgeschlossen
zuständige Stelle : Jobcenter Märkischer Kreis

festgestellt von : JOBKEU
angeordnet von :

Datum : 11.05.2020
Datum : . .

Uhrzeit : 07:04
Uhrzeit :

Position 1**Zahlungspflichtiger:**

Name/Firmal : Rüster
Vorname/Firma2 : Melanie
Kontoinhaber :
BVID :
Bank :
Bankschlüssel :
Kto.-Nr. :
BIC :
IBAN :

Geschäftspartner : 1004947724
Vertragskonto : 250011991375
Vertrag : 6204008254829
Hauptvorgang : 6204
Teilvorgang : 0001
Betrag : 430,00
Währung : EUR
Zahlweg :
Fälligkeit : 12.06.2020
Verwendungszweck1 : 355D087609_20200511
Verwendungszweck2 :
Verwendungszweck3 :
Verwendungszweck4 :
Kostenstelle : 35502E9450
Finanzstelle : 3550205962
Finanzposition : 7-11999-00-0003
Sachkonto : 5117000110
Letzt-Empfänger :
Collectionsstrat. : OR
Mahnsperrgrund :
Dienststelle : 35502
Verjährungsfrist : 03
Verjährungsdatum : 27.05.2023
Art des Bescheides : Bußgeldbescheid
Beitreibungsart : Beitreibung durch HZA
Entstehungsgrund :
Positionstext : Geldbuße

Verwaltung öffentlich-rechtlich
Geldbußen SGBII
Verm. Einn. Geldbuße
GruSi VE Geldb. §63 SGBII
Jobcenter Märkischer Kreis

Position 2	
Zahlungspflichtiger:	
Name/Firma1	: Rüster
Vorname/Firma2	: Melanie
Kontoinhaber	:
BVID	:
Bank	:
Bankschlüssel	:
Kto.-Nr.	:
BIC	:
IBAN	:
Geschäftspartner	: 1004947724
Vertragskonto	: 250011991375
Vertrag	: 6204008254829
Hauptvorgang	: 6204
Teilvorgang	: 0004
Betrag	: 28,50
Währung	: EUR
Zahlweg	:
Fälligkeit	: 12.06.2020
Verwendungszweck1	: 355D087609_20200511
Verwendungszweck2	:
Verwendungszweck3	:
Verwendungszweck4	:
Kostenstelle	: 35502E9450
Finanzstelle	: 3550205962
Finanzposition	: 7-11999-02-0003
Sachkonto	: 5117000150
Letzt-Empfänger	:
Collectionsstrat.	: OR
Mahnsperrgrund	:
Dienststelle	: 35502
Verjährungsfrist	: 03
Verjährungsdatum	: 31.12.2023
Art des Bescheides	: Bußgeldbescheid
Beitreibungsart	: Beitreibung durch HZA
Entstehungsgrund	:
Positionstext	: GruSi VE Geb./Auslagen \$107

Abdruck



2

jobcenter

Märkischer Kreis

Jobcenter Märkischer Kreis, Friedrichstr. 59/61, 58636 Iserlohn

355D087609 Mit Zustellungsurkunde XF 05 534 237 5DE

Melanie Rüster
Anne-Frank-Str. 31
58708 Menden

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht:
Mein Zeichen: 416-OWI-EV-35502-01859/19-
355D087609
Kundennummer: 355D087609
(Bei jeder Antwort bitte angeben)
BG-Nummer: 35502//0007186

Name: Frau Tennie
Servicrufnr.: 0800 666 4888
Datum: 11. Mai 2020

* Der Anruf ist für Sie gebührenfrei.

Bußgeldbescheid

Betroffene:	Frau Melanie Rüster
geboren am:	29.06.1977
wohnhaft:	Anne-Frank-Str. 31, 58708 Menden

Wegen eines fahrlässigen Verstoßes gegen § 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch (SGB I) wird gegen Sie gemäß § 63 Abs. 1 Nr. 7 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) in Verbindung mit §§ 65, 35 und 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG)

eine **Geldbuße** festgesetzt in Höhe von **430,00 Euro**

Außerdem haben Sie die Kosten des Verfahrens gemäß § 105 OWiG zu tragen, und zwar:

eine **Gebühr** gemäß § 107 Abs. 1 OWiG in Höhe von **25,00 Euro**

und **Auslagen** gemäß § 107 Abs. 3 OWiG in Höhe von **3,50 Euro**
(Postgebühren für die Zustellung)

Überweisungsbetrag: **458,50 Euro**

2a53-71

Postanschrift
Jobcenter Märkischer Kreis
Friedrichstr. 59/61
58636 Iserlohn

Besucheradresse
Friedrichstr. 59/61
58636 Iserlohn

Bankverbindung
BA-Service-Haus
Bundesbank
IBAN
DE50 7500 0000 0075 0016 17
BIC:
MARKDEF1760
Internet: www.jobcenter-mk.de

Öffnungszeiten
Mo - Fr 7:30 - 12:30 Uhr
und Do 14:00 - 17:00 Uhr (nur für

- 2 -

Begründung:

Nach meinen Feststellungen haben Sie folgende Ordnungswidrigkeit begangen:

Sie bezogen vom Jobcenter Märkischer Kreis Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II. Nach den Feststellungen haben Sie zum 02.05.2019 eine Beschäftigung bei Fa. Safe-Box Self Storage GmbH aufgenommen.

Diesen Sachverhalt haben Sie nicht rechtzeitig mitgeteilt, denn Sie meldeten sich erst am 04.06.2019.

Bei Antragstellung erklärten Sie, dass Ihnen bekannt sei, dass Sie dem Jobcenter Märkischer Kreis unverzüglich alle Veränderungen, insbesondere der Familien-, Einkommens- und Vermögensverhältnisse, anzuzeigen haben, die gegenüber den im Antrag angegebenen Verhältnissen eintreten.

Aufgrund der verspäteten Mitteilung haben Sie Leistungen für die Zeit vom 01.05.2019 bis 30.06.2019 in Höhe von 1713,08 Euro zu Unrecht erhalten.

Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB I eine Änderung in den Verhältnissen, die für einen Anspruch auf eine laufende Leistung erheblich ist, nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig mitteilt (§ 63 Abs. 1 Nr. 7 SGB II). Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 63 Abs. 2 SGB II mit einer Geldbuße bis zu 5.000,- Euro geahndet werden.

Mit Schreiben vom 22.11.2019 wurde Ihnen die Eröffnung des Ermittlungsverfahrens mitgeteilt und Ihnen zugleich die Möglichkeit gegeben, sich zu dem erhobenen Vorwurf zu äußern. Sie äußerten sich daraufhin nicht.

Ihrer Anzeigepflicht sind Sie nicht rechtzeitig nachgekommen. Durch Ihr pflichtwidriges Verhalten haben Sie eine Ordnungswidrigkeit gemäß § 63 Abs. 1 Nr. 7 SGB II in Verbindung mit § 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB I begangen. Sie handelten dabei fahrlässig, weil Sie die im Rechtsverkehr erforderliche Sorgfalt, zu der Sie nach den Umständen und Ihren persönlichen Fähigkeiten verpflichtet und in der Lage waren, außer Acht gelassen haben.

Gemäß § 17 Abs. 3 OWiG sind bei der Zumessung einer Geldbuße die Bedeutung der verletzten Ordnungsvorschrift, der Grad der Vorwerfbarkeit und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betroffenen zu berücksichtigen. Folgende Gründe waren bei der Zumessung der Bußgeldhöhe ausschlaggebend: ohne

Unter Berücksichtigung der Bedeutung der Ordnungswidrigkeit und der Zumessungskriterien des § 17 OWiG ist die festgesetzte Geldbuße angemessen und erforderlich, um Sie künftig zur Beachtung der Vorschriften des SGB II anzuhalten.

Beweismittel:

Leistungsakte 35502//0007186
Owig-Akte OWI-EV-35502-01859/19

Zeugen:

in der Leistungsangelegenheit: Frau Vaupel
in der Schadensangelegenheit: Frau Pohl

zu laden über das Jobcenter Märkischer Kreis.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Dieser Bußgeldbescheid wird rechtskräftig und vollstreckbar, wenn Sie nicht **innerhalb von zwei Wochen nach seiner Zustellung**, schriftlich oder – nach vorheriger Terminabsprache – zur Niederschrift, bei der im Briefkopf bezeichneten Stelle Einspruch einlegen. Der Einspruch ist in deutscher Sprache abzufassen. Maßgebend für die Wahrung dieser Frist ist bei schriftlichem Einspruch der Zeitpunkt des Eingangs bei der zuständigen Verwaltungsbehörde.

Falls Sie ohne Verschulden verhindert waren, die Einspruchsfrist einzuhalten, können Sie die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragen. Dieser Antrag muss binnen einer Woche nach Wegfall des Hindernisses eingehen. Versäumnisgründe müssen Sie glaubhaft machen. Mit dem Antrag ist zugleich der Einspruch nachzuholen. Sofern der Antrag verworfen wird, werden für die Zustellung des Verwerfungsbescheides pauschal 3,50 Euro als Auslagen erhoben.

Wichtige Hinweise für den Fall des Einspruchs:

Nach einem Einspruch kann auch eine für Sie nachteiligere Entscheidung (z. B. eine höhere Geldbuße, Ausdehnung des Verfahrens, Abschöpfung des rechtswidrig erlangten wirtschaftlichen Vorteils) getroffen werden.

Es steht Ihnen frei, sich zu dem Tatvorwurf zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen. Tatsachen und Beweismittel zu Ihrer Entlastung können Sie zugleich mit dem Einspruch oder spätestens innerhalb von zwei Wochen danach vorbringen. Sofern Sie entlastende Umstände nicht rechtzeitig vorbringen, können Ihnen Nachteile bei der Kostenfestsetzung entstehen.

Ergibt die Prüfung des Einspruchs, dass der Bußgeldbescheid aufrechterhalten wird, übersende ich den Vorgang an das zuständige Amtsgericht. Dieses entscheidet dann in einem eigenständigen Verfahren, ohne an die Höhe der festgesetzten Geldbuße gebunden zu sein.

Zahlungsaufforderung:

Falls Sie keinen Einspruch einlegen, ist der zu zahlende Gesamtbetrag spätestens vier Wochen nach Zustellung dieses Bußgeldbescheides in einer Summe unter Angabe des Verwendungszwecks auf folgendes Konto zu überweisen:

Empfänger:	BA-Service-Haus
Institut:	Bundesbank Nürnberg
BIC:	MARKDEF 1760
IBAN:	DE50760000000076001617
Verwendungszweck:	6204008254829

Wichtig:

Geben Sie bitte bei Überweisungen als **Verwendungszweck** ausschließlich die obige 13-stellige Nummer an (ohne Zusätze wie z. B. Name). Ansonsten entstehen Fehlbuchungen, die zu ungerechtfertigten Mahnungen und Vollstreckungen führen können.

Wenn Sie nicht in der Lage sind, den geforderten Betrag sofort zu zahlen, wenden Sie sich zur Vermeidung von Vollstreckungsmaßnahmen bitte unverzüglich unter Darlegung der Hinderungsgründe an die im Briefkopf genannte Stelle. Bei Unmöglichkeit sofortiger Zahlung sind Zahlungserleichterungen (Zahlungsfrist, Teilleistungen) möglich (§§ 18, 93 OWiG). Falls

Sie weder die Zahlungsfrist einhalten, noch Ihre Zahlungsunfähigkeit rechtzeitig vortragen, wird der fällige Betrag zwangsweise beigetrieben.

Hinweis auf Erzwingungshaft:

Zahlen Sie die Geldbuße nicht fristgerecht und legen Sie auch Ihre Zahlungsunfähigkeit nicht dar, so kann das Amtsgericht Erzwingungshaft anordnen (§ 96 OWiG).

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Tennie

Melanie Rüster
Anne-Frank-Straße 31
58708 Menden

Jobcenter Märkischer Kreis
58636 Iserlohn
Friedrichstraße 59/61
Fax 02371 905-799
Fax 02371 905-848

19.05.2020

Einspruch gegen den Bußgeldbescheid vom 11.05.2020
Mein Zeichen: 416-OWI-EV-35502-01859/19
Kundennummer: 355DO87609
BG-Nummer 355021/0007186

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lege ich Form- und Frist während Einspruch gegen den Bußgeldbescheid vom 11.05.2020 ein.

Der Bescheid enthält unwahre Tatsachenbehauptungen. Vorwerfbares Fehlverhalten weise ich auf das Schärfste zurück.

Zur Vermeidung von Wiederholungen wird auf die vollständige Dokumentation meiner Leistungsakte verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen

Melanie Rüster

Zustellungsurkunde

XF 05 534 237 5DE

Z

1.1 Aktenzeichen

1.2 Ggf. weitere Kennz.

OWI-EV-35502-01859/19

35502//0007186

1.3 Adressat

Melanie Rüster
Anne-Frank-Str. 31
58708 Menden

Weiter senden innerhalb des

- 1.5 ☒ Bezirks des Amtsgerichts
1.6 ☐ Bezirks des Landgerichts
1.7 ☒ Inlands

Bei der Zustellung zu beachtende Vermerke

- 1.8 ☐ Ersatzzustellung ausgeschlossen
1.9 ☐ Keine Ersatzzustellung an:

1.10 ☐ Nicht durch Niederlegung zustellen
1.11 ☐ Mit Angabe der Uhrzeit zustellen

1.4 Bei erfolgreichem Zustellversuch: Vermerk über den Grund der Nichtzustellung

1.4.1 Adressat unter der angegebenen Anschrift nicht zu ermitteln

1.4.2 Adressat verzogen nach:

Straße und Hausnummer

Postleitzahl, Ort

1.4.3 Weitersendung nicht möglich ☐ Weitersendung nicht verlangt

1.4.4 Empfänger unbekannt verzogen

1.4.5 Anderer Grund:

1.4.6 Datum

1.4.7 Unterschrift

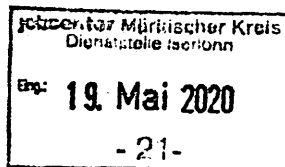
1.4.8 Postunternehmen/Behörde:

Deutsche Post AG
Zustellstützpunkt

Zustellungsurkunde/Zustellungsauftrag
zurück an Absender

jobcenter
Märkischer Kreis

Dienststelle Iserlohn
Friedrichstraße 59/61
58636 Iserlohn



1391111218





2

Jobcenter Märkischer Kreis**Bearbeitungsbogen zur Fristenberechnung**

Verfahrensnummer: OWI-EV-35502-01859/19

Eingang Einspruch am :

19.05.2020

☒ Nach ZU Tag der wirksamen Zustellung des Bußgeldbescheids am: 15.05.2020

Ende der zweiwöchigen Einspruchsfrist am :

29.05.2020

Fällt das Ende der Frist auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag, ist der folgende Werktag als Fristende festzulegen!

☐ Die ZU zum Bußgeldbescheid ist nicht auffindbar.
Sofern sich aus der Erklärung des Betroffenen nichts Gegenteiliges ergibt, gilt der Einspruch als fristgerecht eingelegt.

Entscheidung : ☒ Einspruch fristgerecht☐ Einspruch verfristet26.05.2020/ Frau Rehage

Datum / Handzeichen

Verfügung

- ☐ Verwerfungsbescheid an Einspruchsführer
- ☐ Anschreiben zu Wiedereinsetzungsgründen
- ☒ Mahnsperre setzen
- ☒ Prüfung der Bußgeldentscheidung
- ☐ WV am
- ☐ z.d.A.

26.05.2020 / Frau Rehage

Datum / Handzeichen

Entwurf



2

jobcenter
Märkischer Kreis

Bearbeiter/-in: Frau Christina Rehage
Dokument: Anschreiben im Zwischenverfahren _§ 69 OWiG_-
abgesandt am: 2605201259-Frau Christina Rehage.doc

Jobcenter Märkischer Kreis, Friedrichstr. 59/61, 58536 Iserlohn

355D087609
Melanie Rüster
Anne-Frank-Str. 31
58708 Menden

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht:
Mein Zeichen: 416-OWI-EV-35502-01859/19-
355D087609
Kundennummer: 355D087609
(Bei jeder Antwort bitte angeben)
BG-Nummer: 35502/0007186

Name: Frau Tennie
Servicrufnr.: 0800 666 4888*
Datum: 26. Mai 2020

* Der Anruf ist für Sie gebührenfrei.

**Ermittlungsverfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten;
Bußgeldbescheid vom 11.05.2020
Ihr Einspruch vom 19.05.2020**

Sehr geehrte Frau Rüster,

Ihr Einspruch gegen den Bußgeldbescheid vom 11.05.2020 ist form- und fristgerecht eingelegt und daher zulässig.

Ich prüfe derzeit, ob ich den Bußgeldbescheid aufrechterhalten oder zurücknehmen werde (§ 69 Abs. 2 Satz 1 Gesetz über Ordnungswidrigkeiten – OWiG).

In diesem Zusammenhang erhalten Sie Gelegenheit, sich bis

Mittwoch, den 17.06.2020

zu äußern, ob und gegebenenfalls welche neuen Tatsachen Sie zu Ihrer Entlastung vortragen wollen. Nach § 69 Abs. 2 Satz 3 OWiG steht es Ihnen frei, sich zu dem erhobenen Vorwurf zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen.

Sollte bis zum obengenannten Zeitpunkt keine Stellungnahme eingehen, wird der Vorgang ohne nochmaliges Anschreiben über die Staatsanwaltschaft Arnsberg an das zuständige Amtsgericht zur Entscheidung abgegeben.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

gez. UnterschriftTennie
1. Original an Adressaten senden.
2. z.d.A.

2a53-01

Postanschrift
Jobcenter Märkischer Kreis
Friedrichstr. 59/61
58536 Iserlohn

Besucheradresse
Friedrichstr. 59/61
58536 Iserlohn

Bankverbindung
BA-Service-Haus
Bundesbank
IBAN
DE50 7500 0000 0075 0016 17
BIC:
MARKDEF1760
Internet: www.jobcenter-mk.de

Öffnungszeiten
Mo - Fr 7:30 - 12:30 Uhr
und Do 14:00 - 17:00 Uhr (nur für

Rechtsanwalt Lars Schulte-Bräucker

RA Lars Schulte-Bräucker, Kalthofer Str. 27, 58640 Iserlohn

Jobcenter Märklischer Kreis
Neumarkt 5
58706 Menden

Rechtsanwalt
Lars Schulte-Bräucker
Kalthofer Str. 27
58640 Iserlohn Iserlohn-Kalthof
Tel: 02371 - 462697
Fax: 02371 - 797515
E-Mail:
schultebraeucker@aol.com

per Telefax vorab: 02373 91724-99

Unser Zeichen: 1213-19/SB/IL
Ihr Zeichen: 430-35502//0007186

Iserlohn, den 12.08.2019

Bescheid vom 06.08.2019, Hier: Aufhebung, Erstattung und Zahlungsaufforderung für den
Zeitraum: 01.05.19 - 30.06.19
Ihr Zeichen: 430-35502//0007186
BG Melanie Rüster, Anne-Frank-Str.31, 58708 Menden

Sehr geehrte Damen und Herren,

In der oben genannten Angelegenheit zeige ich an, dass mich Frau Melanie Rüster und Frau Lenja Rüster
mit der Wahrnehmung Ihrer rechtlichen Interessen beauftragt haben. Entsprechende Vollmacht anbei.
Namens und in Auftrag meiner Mandantschaft habe ich gegen den o.a. Bescheid

Widerspruch

einzulegen.

Mit freundlichen Grüßen
Lars Schulte-Bräucker
(Rechtsanwalt)

Märkische Bank - BIC: GENODEM1HGN - IBAN: DE65 4506 0009 0174 7747 00

RA SCHULTE-BRAEUCKER
Kulldamm 31, 14649 Iserichau
Tel. 02371 - 46 26 97 Fax: 79 75 15
Märkische Bank e G 174774700

Vollmacht -Prozeßvollmacht- Strafprozeßvollmacht

Soweit Zustellungen statt an den Bevollmächtigten auch an die Partei unmittelbar zulässig sind (z.B. § 18 FGG, § 6 VwZG), bitte ich diese nur an meinen Bevollmächtigten zu bewirken.

wird in Sachen Rechts zu John
wegen StB - Wiederm - Klage, Td. 6.8.19
Vollmacht-Prozeßvollmacht-Strafprozeßvollmacht zur außergerichtlichen und gerichtlichen Vertretung gemäß §§ 81 ff., 609, 624 I ZPO, §§ 137, 302, 374 StPO und §§ 164 ff. BGB für alle Instanzen erteilt.
Diese Vollmacht erstreckt sich insbesondere auf folgende Befugnisse:

1. Verteidigung und Vertretung in Bußgeldsachen, Strafsachen und Privatklassensachen in allen Instanzen, auch als Nebenkläger, auch für den Fall der Abwesenheit, Vertretung gemäß § 411 II StPO mit ausdrücklicher Ermächtigung gemäß §§ 233 I, 234 StPO, Vertretung in sämtlichen Strafvollzugsangelegenheiten, im Verfahren vor der Strafvollstreckungskammer und im Disziplinarverfahren,
2. Strafanträge sowie alle sonstigen nach der Strafprozeßordnung zulässigen Anträge zu stellen und zurückzunehmen sowie die Zustimmung gemäß §§ 153, 153 a StPO zu erteilen, Nebenklage zu erheben und zurückzunehmen,
3. Empfangnahme von Geld, Wertsachen und Urkunden, insbesondere des Streitgegenstandes, von Kauttionen, Entschädigungen und der vom Gegner, der Justizkasse oder anderen Stellen zu erstattenden Kosten und die Verfügung darüber ohne die Beschränkung des § 181 BGB,
4. Übertragung der Vollmacht ganz oder teilweise auf andere,
5. Vornahme und Entgegennahme von Zustellungen jeder Art und Ladungen gemäß § 148 a II StPO, Einlegung und Rücknahme von Rechtsmitteln sowie Verzicht auf solche, Erhebung und Rücknahme von Widerklagen -auch in Ehesachen-,
6. Beseitigung des Rechtsstreites durch Vergleich, Verzicht oder Anerkenntnis,
7. Vertretung im Insolvenz-, Konkurs- oder Vergleichsverfahren über das Vermögen des Gegners und in Freigabeprozessen sowie als Nebeninterventent,
8. Alle Nebenverfahren, z. B. Arrest und einstweilige Verfügung, Kostenfestsetzung, Zwangsvollstreckung einschließlich der aus ihr erwachsenden besonderen Verfahren, Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung und Hinterlegungsverfahren,
9. Regulierung von Versicherungsschäden und Abschluß von Vergleichen, Bei Verkehrsunfallschäden ist der Rechtsanwalt zunächst nur zur außergerichtlichen Geltendmachung der Ansprüche des Auftraggebers bevollmächtigt.
Die Prozeßvollmacht gilt erst bei Scheitern der außergerichtlichen Verhandlungen.
10. Vertretung vor Familiengerichten gemäß § 78 Abs. 2 ZPO, Anträge auf Scheidung der Ehe, in Folgesachen und einstweiligen Anordnungen zu stellen sowie Vereinbarungen zu treffen, Anträge auf Erteilung von Renten- und sonstigen Versorgungsauskünften zu stellen,
11. Anträge gemäß dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen zu stellen,
12. Abgabe und Empfang von Willenserklärungen aller Art, z. B. Kündigungen, Begründung und Aufhebung von Vertragsverhältnissen usw.,
13. Vertretung vor allen Behörden, den Arbeitsgerichten, Verwaltungsgerichten und Sozialgerichten sowie in deren Vorverfahren.

Die Kostenersatzansprüche und sonstige Ansprüche des Auftraggebers gegenüber dem Gegner, der Justizkasse oder anderen erstattungspflichtigen Dritten werden in Höhe der Kostenansprüche des beauftragten Anwalts an diesen abgetreten.
Der Bevollmächtigte ist ermächtigt, die Abtretung im Namen des Auftraggebers dem Zahlungspflichtigen mitzuteilen.
Mehrere Vollmachtgeber haften als Gesamtschuldner.

Dr. Schulte, den 12.8.19 Dr. Schulte
(Unterschrift)

Aktenvermerk

Aktenzeichen: OWI-EV-35502-01859/19

OrgZeichen: 416
Name: Frau Tennie
Datum: 04.08.2020

Zwischenverfahren gemäß § 69 Abs. 3 OWiG

Sachverhaltsdarstellung:

Die Kundin hatte am 12.04.2019 ein Vorstellungsgespräch bei Safe-Box Selfstorage in Duisburg (BL. 1 + 3-4).

Der Arbeitsvertrag (nur Seite 1), die Lohnabrechnung von Mai 2019 und der Nachweis über den Zufluss wurde am 04.06.2019 in den Hausbriefkasten eingeworfen (BL. 1 + 6-8).

Auf die Anhörungen im Leistungsbereich (BL. 17a-17b) und im OWiG (BL. 39-41) hat die Kundin nicht reagiert.

Der Bußgeldbescheid vom 11.05.2020 (BL. 44-47) wurde am 15.05.2020 dem Betroffenen zugestellt (BL. 49-50).

Am 19.05.2020 legte der Betroffene fristgerecht gegen den Bußgeldbescheid Einspruch ein (BL. 48).

Würdigung:

Die Würdigung führte zu keinem anderen Ergebnis, weil das Vorstellungsgespräch bereits am 12.04.2019 war.

Die Einstellung erfolgte zum 02.05.2019. Die Unterlagen wurden aber erst am 04.06.2019 eingereicht.

Bei rechtzeitiger Meldung hätte die Überzahlung verhindert werden können.

Entscheidung:

Der Einspruch ist form- und fristgerecht eingegangen. Der mit dem Einspruch angefochtene Bescheid ist in sachlicher und rechtlicher Hinsicht überprüft worden. Die Leistungsakte ist hierzu herangezogen worden, sie ist Gegenstand der Prüfung gewesen. Geprüft worden ist die Entscheidung insbesondere auch unter Berücksichtigung des Einspruchsvorbringens.

Der Einspruch ist nach dem Ergebnis der Prüfung zulässig, er ist jedoch in der Sache nicht begründet. Der Betroffene hat im Ermittlungsverfahren keine Tatsachen vorgebracht, die den Tatbestand der Ordnungswidrigkeit entkräften konnten.

Abschließend bleibt festzustellen, dass der Betroffene Änderungen in den persönlichen Verhältnissen, die für den Anspruch auf seine laufenden Leistungen erheblich waren, nicht rechtzeitig mitgeteilt hat.

Nach nochmaliger Überprüfung der Sach- und Rechtslage wird die Bußgeldentscheidung aufrechterhalten. Übersendung der Akten nach § 69 Abs. 3 OWiG an die Staatsanwaltschaft zur weiteren Prüfung.

i.A.

(Unterschrift) (Tennie)

Entwurf



2

jobcenter
Märkischer Kreis

Bearbeiter/-in: Frau Annette Tennie
Dokument: Uebersendung Bußgeldvorgänge gem § 69 Abs 3 OWiG-
0408200803-Frau Annette Tennie.doc
abgesandt am:

Jobcenter Märkischer Kreis, Friedrichstr. 59/61, 58636 Iserlohn

355D087609
Staatsanwaltschaft Amsberg
Eichholzstr. 10
59821 Amsberg

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht:
Mein Zeichen: 416-OWI-EV-35502-01859/19
Kundennummer: 355D087609
(Bei jeder Antwort bitte angeben)
BG-Nummer: 35502//0007186

Name: Frau Tennie
Servicrufnr.: 0800 666 4888*
Datum: 04. August 2020

* Der Anruf ist für Sie gebührenfrei.

Übersendung der Bußgeldvorgänge gemäß § 69 Abs. 3 OWiG

Betroffener: Melanie Rüster
geboren: 29.06.1977, in Coesfeld
wohnhaft: Anne-Frank-Str. 31, 58708 Menden
Verteidiger:

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bußgeldbescheid vom	11.05.2020	(BL. 44 - 47 der Vorgänge)
wurde zugestellt am	15.05.2020	(BL. 49 - 50 der Vorgänge).
Der Einspruch vom	19.05.2020	(BL. 48 der Vorgänge)
ist hier eingegangen am	19.05.2020	(Fax).

Die Überprüfung im Zwischenverfahren führte nicht zu einer Rücknahme des Bußgeldbescheides (siehe Sachverhaltsdarstellung vom 04.08.2020, BL. 54 - 55 der Vorgänge).

2a53-712

Postanschrift
Jobcenter Märkischer Kreis
Friedrichstr. 59/61
58636 Iserlohn

Besucheradresse
Friedrichstr. 59/61
58636 Iserlohn

Bankverbindung
BA-Service-Haus
Bundesbank
IBAN:
DE50 7500 0000 0076 0016 17
BIC:
MARKDEF1760
Internet: www.jobcenter-mk.de

Öffnungszeiten
Mo - Fr 7:30 - 12:30 Uhr
und Do 14:00 - 17:00 Uhr (nur für

- 2 -

Teilen Sie mir bitte das Geschäftszeichen mit, unter dem die Sache geführt wird und informieren Sie mich über den Fortgang des Verfahrens sowie den Termin der Hauptverhandlung.

Anlagen:
Rückantwort
Kopien der OWIG-Akte
(Bl. 1 - 55)

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Tennie

gez. Unterschrift

1. Original an Adressaten senden.
2. z.d.A.

Entwurf



2

jobcenter
Märkischer Kreis

Bearbeiter/-in:
Dokument:

Frau Annette Tennie
Standardbrief_OWI_SGBII-0608201359-Frau Annette
Tennie.doc

abgesandt am:

Jobcenter Märkischer Kreis, Friedrichstr. 59/61, 58636 Iserlohn

355D087609

Melanie Rüster
Anne-Frank-Str. 31
58708 Menden

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht:

Mein Zeichen: 416-OWI-EV-35502-01859/19

Kundennummer: 355D087609

(Bei jeder Antwort bitte angeben)

BG-Nummer: 35502//0007186

Name: Frau Tennie

Serviceufnr.: 0800 666 4888*

Datum: 06. August 2020

* Der Anruf ist für Sie gebührenfrei.

Ermittlungsverfahren nach dem OWiG

Sehr geehrte Frau Rüster,

Sie haben seinerzeit nur die erste Seite des Arbeitsvertrages zugesandt.

Zur weiteren Bearbeitung des Einspruchs bitte ich um die Vorlage des kompletten Arbeitsvertrages. Wurde der Arbeitsvertrag am Tag Ihres Vorstellungsgesprächs am 12.04.2019 unterschrieben?

Ich bitte um Beantwortung bis zum 21.08.2020.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Tennie

gez. Unterschrift

1. Original an Adressaten senden.
2. z.d.A.

2a63-04

Postanschrift
Jobcenter Märkischer Kreis
Friedrichstr. 59/61
58636 Iserlohn

Besucheradresse
Friedrichstr. 59/61
58636 Iserlohn

Bankverbindung
BA-Service-Haus
Bundesbank
IBAN
DE50 7600 0000 0076 0016 17
BIC
MARKDEF1760
Internet: www.jobcenter-mk.de

Öffnungszeiten
Mo - Fr 7:30 - 12:30 Uhr
und Do 14:00 - 17:00 Uhr (nur für

Entwurf



2

jobcenter
Märkischer Kreis

Bearbeiter/-in:
Dokument:
abgesandt am:

Frau Annette Tennie
Standardref_OWI_SGBII-0809200728~Frau Annette
Tennie.doc

Jobcenter Märkischer Kreis, Friedrichstr. 59/61, 58636 Iserlohn

355D087609

SAFE-BOX
Selfstorage Duisburg GmbH
z.H. Frau Feldhorst
Hochstr. 17
47228 Duisburg

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht:

Mein Zeichen: 416-OWI-EV-35502-01859/19

Kundennummer: 355D087609

(Bei jeder Antwort bitte angeben)

BG-Nummer: 35502//0007186

Name: Frau Tennie

Durchwahl: 02371 905 887

Telefax: 02371 905 889

Datum: 08. September 2020

**Ermittlungsverfahren nach dem OWiG
hier: Rüster, Melanie, geb. 29.06.1977**

Sehr geehrte Frau Feldhorst,

Frau Melanie Rüster hat am 02.05.2019 bei Ihnen eine Beschäftigung aufgenommen.

Zur Klärung von Fragen benötige ich eine Kopie des Arbeitsvertrages von Frau Rüster.

Das Vorstellungsgespräch mit Ihnen erfolgte am 12.04.2019. Wurde der Arbeitsvertrag am 12.04.2019 unterschrieben?

Ich bitte um Beantwortung bis zum 25.09.2020.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Tennie

gez. Unterschrift

1. Original an Adressaten senden.
2. z.d.A.

2a63-04

Postanschrift
Jobcenter Märkischer Kreis
Friedrichstr. 59/61
58636 Iserlohn

Besucheradresse
Friedrichstr. 59/61
58636 Iserlohn

Bankverbindung
BA-Service-Haus
Bundesbank
IBAN
DE50 7600 0000 0076 0016 17
BIC
MARKDEF1760
Internet: www.jobcenter-mk.de

Öffnungszeiten
Mo - Fr 7:30 - 12:30 Uhr
und Do 14:00 - 17:00 Uhr (nur für

Entwurf



2

jobcenter
Märkischer Kreis

Bearbeiter/-in: Frau Annette Tennie
Dokument: Datenabgleich - Anforderung beim Arbeitgeber-
3009201133-Frau Annette Tennie.doc
abgesandt am:

Jobcenter Märkischer Kreis, Friedrichstr. 59/61, 58636 Iserlohn

355D087609
SAFE-BOX
Seifstorage Duisburg GMBH
Hochstr. 17
47228 Duisburg

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht:
Mein Zeichen: 416-OWI-EV-35502-01859/19
Kundennummer: 355D087609
(Bei jeder Antwort bitte angeben)
BG-Nummer: 35502//0007186

Name: Frau Tennie
Durchwahl: 02371 905 887
Telefax: 02371 905 889
E-Mail: Jobcenter-MK@jobcenter-ge.de
Datum: 30. September 2020

Auskunftersuchen über Frau Melanie Rüster, geb. 29.06.1977

Sehr geehrte Damen und Herren,

um über eine Ordnungswidrigkeit von Frau Rüster entscheiden zu können, benötige ich von Ihnen eine Auskunft über deren Beschäftigungsverhältnis.

Begründung:

Frau Melanie Rüster bezog bei mir Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II).

Aus rechtlichen Gründen weise ich darauf hin, dass für Sie als Arbeitgeber eine gesetzliche Auskunftspflicht besteht. Arbeitgeber haben Auskunft über solche Tatsachen zu geben, die für die Entscheidung über einen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II erheblich sein können. Die Auskunftspflicht erstreckt sich u. a. auf Angaben über das Ende und den Grund für die Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses (§ 57 SGB II) sowie das Arbeitsentgelt (§ 60 SGB II).

Um über eine Ordnungswidrigkeit von Frau Rüster entscheiden zu können, benötige ich den Arbeitsvertrag ab 02.05.2019 von Frau Melanie Rüster von Ihnen.

Ich bitte, mir den Arbeitsvertrag bis zum 24.10.2020 zurückzuschicken.

2a57-01

Postanschrift
Jobcenter Märkischer Kreis
Friedrichstr. 59/61
58636 Iserlohn

Besucheradresse
Friedrichstr. 59/61
58636 Iserlohn

Bankverbindung
BA-Service-Haus
Bundesbank
IBAN
DE50 7600 0000 0076 0016 17
BIC:
MARKDEF1760
Internet: www.jobcenter-mk.de

Öffnungszeiten
Mo - Fr 7:30 - 12:30 Uhr
und Do 14:00 - 17:00 Uhr (nur für

- 2 -

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann jeder Betroffene oder ein von diesem bevollmächtigter Dritter innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erheben. Für Minderjährige oder nicht geschäftsfähige Personen handelt deren gesetzlicher Vertreter. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der im Briefkopf genannten Stelle einzulegen.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Tennie

gez. Unterschrift

Anlagen:
Gesetzestexte zu Ihrer Information
Antwortvordruck

Hinweise:

Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine Auskunft nicht, nicht richtig oder nicht vollständig erteilt (§ 63 SGB II in Verbindung mit § 57 SGB II). Weiterhin ist zum Schadenersatz verpflichtet, wer der Verpflichtung zur Auskunftserteilung nicht nachkommt (§ 62 SGB II in Verbindung mit § 57 SGB II). Es besteht auch die Möglichkeit, den Anspruch auf Auskunft im Rahmen der Verwaltungsvollstreckung (zum Beispiel Zwangsgeld) durchzusetzen.

1. Original an Adressaten senden.
2. WV 21.10.2020: Antwortschreiben
3. z.d.A.

Tillmann Ursula

Von: _BA-Jobcenter Märkischer Kreis
Gesendet: Donnerstag, 22. Oktober 2020 13:07
An: Tennie Annette; _BA-Jobcenter Märkischer Kreis-SGG-AlgII
Betreff: Auskunftersuchen Melanie Rüster
Anlagen: Scannen0200.pdf

Mit freundlichen Grüßen

Stefanie Kaiser
Fachkraft Personal
Sachgebiet Personal und Finanzen
Tel: 02371 / 905 808
Fax: 02371 / 905 799
Stefanie.Kaiser3@jobcenter-ge.de

Jobcenter Märkischer Kreis
Friedrichstr. 59-61
58636 Iserlohn

Internet: www.jobcenter-mk.de

Von: Regina Holtschoppen <holtschoppen@safebox-du.de>
Gesendet: Donnerstag, 22. Oktober 2020 12:16
An: _BA-Jobcenter Märkischer Kreis <Jobcenter-MK@jobcenter-ge.de>
Betreff: Auskunftersuchen Melanie Rüster

Sehr geehrte Frau Tennie,

im Anhang finden Sie den Arbeitsvertrag von Frau Rüster.
Benötigen Sie noch weitere Angaben?

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Regina Holtschoppen

SAFE-BOX Self Storage Duisburg GmbH
Hochstraße 17
DE-47228 Duisburg

Tel.: +49 (0) 2065 / 83 95 444
Fax: +49 (0) 2065 / 83 95 445

holtschoppen@safebox-du.de

www.safebox-du.de

Sitz der Gesellschaft: Duisburg
Geschäftsführer: Jacobus Johannes Bor
Handelsregisternummern: HRB 26453 (Amtsgericht Duisburg)

USt-IdNr.: DE 294464168
St.-Nr.: 134/5732/1378

Diese Nachricht und alle angefügten Inhalte sind vertraulich und persönlich und können darüber hinaus vor unberechtigter Kenntnisnahme geschützt sein. Wenn Sie nicht der bestimmungsgemäße Empfänger sind oder diese Nachricht und ihre Inhalte irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und löschen die Nachricht von Ihren Systemen. Wenn Sie nicht der bestimmungsgemäße Empfänger sind oder diese Nachricht und ihre Inhalte irrtümlich erhalten haben, ist Ihnen die Weiterleitung, Entnahme von Teilen oder jede andere Form der Weitergabe an Dritte nicht erlaubt.

Arbeitsvertrag

Zwischen

58515 Lüdenscheid Talstr. 104 Objekt UG (haftungsbeschränkt) & Co KG

Hochstr. 17, 47228 Duisburg

- nachfolgend „Arbeitgeber“ genannt -

und

Frau Melanie Rüster, Anne-Frank-Str. 31, 58708 Menden

- nachfolgend „Arbeitnehmer/-in“ genannt -

wird folgender Arbeitsvertrag geschlossen:

§ 1 Beginn des Arbeitsverhältnisses

Das Arbeitsverhältnis beginnt am 2.5.2019

§ 2 Probezeit

Dieser Vertrag wird auf die Dauer von sechs Monaten vom 2.5.2019 bis zum 1.11.2019 zur Probe abgeschlossen. Nach Ablauf dieser Befristung endet das Arbeitsverhältnis, ohne dass es einer Kündigung bedarf, wenn nicht bis zu diesem Zeitpunkt eine Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses vereinbart wird. Innerhalb der Probezeit kann das Arbeitsverhältnis mit einer Frist von zwei Wochen gekündigt werden, unbeschadet des Rechts zur fristlosen Kündigung (befristetes Probearbeitsverhältnis).

§ 3 Tätigkeit

Der Arbeitnehmer wird als Büro- und Empfangskraft eingestellt

und vor allem mit folgenden Arbeiten beschäftigt:

Vermietung von Lagerboxen, Gewerbeflächen und Büros, allgemeine kaufmännische Tätigkeiten.

Er verpflichtet sich, auch andere Arbeiten auszuführen – auch an einem anderen Ort –, die seinen Vorkenntnissen und Fähigkeiten entsprechen. Dies gilt, soweit dies bei Abwägung der Interessen des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers zumutbar und nicht mit einer Lohnminderung verbunden ist.

§ 4 Arbeitsvergütung

Der Arbeitnehmer erhält eine monatliche Nettovergütung von 1.400,00 €. Soweit eine zusätzliche Zahlung vom Arbeitgeber gewährt wird, handelt es sich um eine freiwillige Leistung. Auch die wiederholte vorbehaltslose Zahlung begründet keinen Rechtsanspruch auf Leistungsgewährung für die Zukunft. Ein Anspruch auf Zuwendungen besteht nicht für Zeiten, in denen das Arbeitsverhältnis ruht und kein Anspruch auf Arbeitsentgelt besteht. Dies gilt insbesondere für Elternzeit, Wehr- und Zivildienst und unbezahlte Freistellung. Voraussetzung für die Gewährung einer Gratifikation ist stets, dass das Arbeitsverhältnis am Auszahlungstag weder beendet noch gekündigt ist.

§ 5 Arbeitszeit

Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 40 Stunden. Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit richten sich nach der betrieblichen Einteilung.

§ 6 Urlaub

Der Arbeitnehmer hat Anspruch auf einen Urlaub von derzeit 25 Arbeitstagen im Kalenderjahr – ausgehend von einer Fünf-Tage-Woche.

Bei Ausscheiden wird der Urlaubsanspruch gezwölfelt.

Bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses sind verbleibende Urlaubsansprüche innerhalb der Kündigungsfrist abzubauen, soweit dies möglich ist.

Die rechtliche Behandlung des Urlaubs richtet sich im Übrigen nach den gesetzlichen Bestimmungen.

§ 7 Krankheit

Ist der Arbeitnehmer infolge unverschuldeter Krankheit arbeitsunfähig, so besteht Anspruch auf Fortzahlung der Arbeitsvergütung bis zur Dauer von sechs Wochen nach den gesetzlichen Bestimmungen. Die Arbeitsverhinderung ist dem Arbeitgeber unverzüglich mitzuteilen. Dauert die Arbeitsunfähigkeit länger als einen Kalendertag, hat der Arbeitnehmer eine ärztliche Bescheinigung über das Bestehen sowie deren voraussichtliche Dauer spätestens an dem auf den dritten Kalendertag folgenden Arbeitstag vorzulegen. Diese Nachweispflicht gilt auch nach Ablauf der sechs Wochen. Der Arbeitgeber ist berechtigt, die Vorlage der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung früher zu verlangen.

§ 8 Verschwiegenheitspflicht

Die angehängte Verpflichtungserklärung zur Wahrung des Datengeheimnisses ist Bestandteil dieses Vertrages.

Des Weiteren ist der Arbeitnehmer verpflichtet über die Höhe seines Gehaltes Stillschweigen – insbesondere gegenüber Kollegen – zu wahren.

§ 9 Nebentätigkeit

Jede entgeltliche oder das Arbeitsverhältnis beeinträchtigende Nebenbeschäftigung ist nur mit Zustimmung des Arbeitgebers zulässig.

§ 10 Vertragsstrafe

Der Arbeitnehmer verpflichtet sich für den Fall, dass er das Arbeitsverhältnis nicht vertragsgemäß antritt oder das Arbeitsverhältnis vertragswidrig beendet, dem Arbeitgeber eine Vertragsstrafe in Höhe einer halben Bruttomonatsvergütung für einen Vertragsbruch bis zum Ende der Probezeit und einer Bruttomonatsvergütung nach dem Ende der Probezeit zu zahlen. Das Recht des Arbeitgebers, weitergehende Schadensersatzansprüche geltend zu machen, bleibt unberührt.

§ 11 Kündigung

Jede gesetzliche Verlängerung der Kündigungsfrist zugunsten des Arbeitnehmers gilt in gleicher Weise auch zugunsten des Arbeitgebers. Die Kündigung bedarf der Schriftform. Vor Antritt des Arbeitsverhältnisses ist die Kündigung ausgeschlossen.

Der Arbeitgeber ist berechtigt, den Arbeitnehmer bis zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses freizustellen. Die Freistellung erfolgt unter Anrechnung der dem Arbeitnehmer eventuell noch zustehenden Urlaubsansprüche sowie eventueller Guthaben auf dem Arbeitszeitkonto. In der Zeit der Freistellung hat sich der Arbeitnehmer einen durch Verwendung seiner Arbeitskraft erzielten Verdienst auf den Vergütungsanspruch gegenüber dem Arbeitgeber anrechnen zu lassen.

Teilen Sie mir bitte das Geschäftszeichen mit, unter dem die Sache geführt wird und informieren Sie mich über den Fortgang des Verfahrens sowie den Termin der Hauptverhandlung.

Anlagen:
Rückantwort
Kopien der OWIG-Akte
(Bl. 1 - 63)

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Tennie

gez. Unterschrift

1. Original an Adressaten senden.
2. z.d.A.

Absender: Staatsanwaltschaft Pilsberg

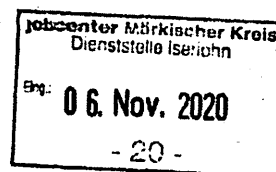


2

X Jobcenter Märkischer Kreis
Friedrichstr. 59/61
58636 Iserlohn



Ihr Geschäftszeichen: 35502//0007186



Ihre o.a. Abgabe nach § 69 OWiG wird unter dem Geschäftszeichen

180 Js 807120 geführt.

Im Auftrag

(Gültig)
Geschäftsbereich

Melanie Rüster
Anne-Frank-Straße 31
58708 Menden

Jobcenter Märkischer Kreis
58636 Iserlohn
Friedrichstraße 59/61
Fax 02371 905-799
Fax 02371 905-848

24.11.2020

Antrag auf Übersendung von Kopien
der sämtlichen Jobcenterakten der Arbeitsvermittlerin Frau Ross,
Profiling und Gesprächs-, Mail- und Telefonnotizen
Vollständige Kopien der OWiG-Stelle Frau Tennie
8 OWi-180 Js 807/20-50/20
416-OWi-EV-35502-01859/19
3550087609
zur Prozessvorbereitung

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 12.11.2020 teilte das Amtsgericht Menden (Sauerland) mit, dass
der mit dem Fall betraute Richter Kaste ohne ernste Prüfung der Fakten
beabsichtigt, über den Einspruch ohne Hauptverhandlung durch Beschluss zu
entscheiden.

Weiter ist dem Schreiben zu entnehmen:

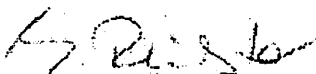
*„Die Staatsanwaltschaft hat einer Entscheidung im schriftlichen Verfahren bereits
zugestimmt.*

*Es ist beabsichtigt, es im Ergebnis bei der ursprünglichen Bußgeld und
Kostenentscheidung zu belassen.“*

Dieser Absicht wurde mit Widerspruch entgegengetreten.
Für die Hauptsacheverhandlung ist somit Einsicht (als Fotokopien) in die
Jobcenter-Akten zu deren eigenen Recherchen zu gewähren.

Um die kurzfristige Übersendung wird gebeten.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf



2

jobcenter

Märkischer Kreis

Bearbeiter/-in: Frau Annette Tennie
Dokument: Multibrief OWI SGB II-0312201114-Frau Annette Tennie.doc

abgesandt am:

Jobcenter Märkischer Kreis, Friedrichstr. 59/61, 58636 Iserlohn

355D087609

Melanie Rüster
Anne-Frank-Str. 31
58708 Menden

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht:

Mein Zeichen: 416-OWI-EV-35502-01859/19

Kundennummer: 355D087609

(Bei jeder Antwort bitte angeben)

BG-Nummer: 35502//0007186

Name: Frau Tennie

Durchwahl: 02371 905 887

Telefax: 02371 905 889

Datum: 03. Dezember 2020

Ihre Anfrage vom 24.11.2020

Sehr geehrte Frau Rüster,

Sie erhalten: angeforderte Unterlagen

zum Verbleib

Termin:

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Tennie

gez. Unterschrift

1. Original an Adressaten senden.

2. z.d.A.

2a63-03

Postanschrift
Jobcenter Märkischer Kreis
Friedrichstr. 59/61
58636 Iserlohn

Besucheradresse
Friedrichstr. 59/61
58636 Iserlohn

Bankverbindung
BA-Service-Haus
Bundesbank
IBAN:
DE50 7600 0000 0076 0016 17
BIC:
MARKDEF1760
Internet: www.jobcenter-mk.de

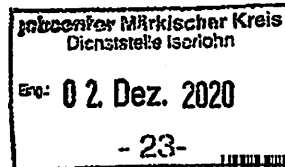
Öffnungszeiten
Mo - Fr 7:30 - 12:30 Uhr
und Do 14:00 - 17:00 Uhr (nur für

Agentur für Arbeit Recklinghausen

Tagesdatum:

26.11.2020

An
Jobcenter Märkischer Kreis
416

Bearbeitungshinweis

Vertragsgegenstand: 6204008254829

GP: Herr/Frau/Firma Melanie Rüster

Kundennummer:

BG-Nr: 35502//0007186

Kindergeldnummer:

Buchungsnummer:

Die folgenden Angaben beziehen sich nur auf einen Beleg.
Unter dem Vertragsgegenstand können weitere Belege mit davon abweichenden Daten
gespeichert sein.

Verwendungszweck 1: 355D087609_20200511

Verwendungszweck 2:

Verwendungszweck 3:

Verwendungszweck 4:

Referenzbelegnummer : 355D087609_FAL

53: Forderung mit Widerspruch / Klage / AdV gekennzeichnet;
Kennzeichnung noch gerechtfertigt?

Verfügung:

Melanie Rüster
Anne-Frank-Straße 31
58708 Menden

Jobcenter Märkischer Kreis
58636 Iserlohn
Friedrichstraße 59/61
Fax 02371 905-799
Fax 02371 905-848

15.12.2020

Antrag auf Übersendung von Kopien der OWiG-Stelle Frau Tennie
8 OWi-180 Js 807/20-50/20
416-OWI-EV-35502-01859/19
3550087609
zur Prozessvorbereitung

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Tennie,

mit Schreiben vom 03.12.2020 übersandten Sie mir 44 Seiten aus den OWI-Akten.

Ihrem Schreiben an die Staatsanwaltschaft Amsberg vom 27.10.2020 ist zu entnehmen, dass Sie allerdings bei der Übersendung der Bußgeldvorgänge gemäß § 69 Abs. 3 OWiG 64 Seiten übersandt worden waren.

Es ist nicht nachvollziehbar, warum Sie fast 1/3 der angefragten Unterlagen vorenthalten haben.

Um die kurzfristige Übersendung der fehlenden Seiten wird gebeten.

Mit freundlichen Grüßen

M. Rüster



2

Jobcenter Märkischer Kreis, Neumarkt 5, 58706 Menden

Frau
Melanie Rüster
Anne-Frank-Str. 31
58708 Menden - Mitte

Mein Zeichen: 430
BG-Nummer: 35502//0007186
(Bei jeder Antwort bitte angeben)
Name: Frau Vaupel
Telefon: +492373/91724-35
Telefax: 49 2373 9172499
E-Mail: Jobcenter-Maerkischer-Kreis.Team-430@jobcenter-ge.de
Datum: 17.12.2020

Verzinsung von Geldleistungen nach § 44 Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I)
Aktenzeichen: S 56 AS 1510/14

Sehr geehrte Frau Rüster,

Sie haben die Verzinsung von Geldleistungen beantragt.

Ihrem Antrag habe ich nicht entsprochen.

Wurde in einem gerichtlichen Vergleich erklärt, dass dieser den Rechtsstreit endgültig erledigt und keine weiteren Ansprüche für den streitigen Leistungszeitraum erhoben werden, schließt dies Verzinsungsansprüche aus, soweit diese nicht explizit in den Vergleich aufgenommen wurden.

Meine Entscheidung beruht auf § 44 SGB I.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann jeder Betroffene oder ein von diesem bevollmächtigter Dritter innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erheben. Für Minderjährige oder nicht geschäftsfähige Personen handelt deren gesetzlicher Vertreter. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der im Briefkopf genannten Stelle einzulegen.

Soweit der Widerspruch durch eine/n bevollmächtigte/n Rechtsanwältin/Rechtsanwalt eingelegt wird, kann diese/r zur wirksamen Ersetzung der Schriftform den Widerspruch als elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist, auch über das besondere Anwaltspostfach (beA), übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Dienstgebäude
Neumarkt 5
58706 Menden

Telefon
+492371/785-2000
Telefax
+492373/9172-499
Internet
www.jobcenter-mk.de

Öffnungszeiten
Montag 08:00 - 12:00, Dienstag 08:00 - 12:00
Mittwoch 08:00 - 12:00, Donnerstag 08:00 - 12:00, 14:00 - 17:00
Freitag 08:00 - 12:00

Bankverbindung
BA-Service-Haus
Bundesbank
BIC: MARKDEF1760
IBAN: DE5076000000076001617

Die Gesamtsumme der Zinsen in Höhe von 37,29 Euro erhalten Sie in den nächsten Tagen ausgezahlt.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann jeder Betroffene oder ein von diesem bevollmächtigter Dritter innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erheben. Für Minderjährige oder nicht geschäftsfähige Personen handelt deren gesetzlicher Vertreter. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der im Briefkopf genannten Stelle einzulegen.

Soweit der Widerspruch durch eine/n bevollmächtigte/n Rechtsanwältin/Rechtsanwalt eingelegt wird, kann diese/r zur wirksamen Ersetzung der Schriftform den Widerspruch als elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist, auch über das besondere Anwaltspostfach (beA), übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Vaupel

Rüster, Melanie

35502//0007186

Berechnungsbogen
zur Ermittlung von Zinsansprüchen nach § 44 Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I)

Gemäß § 44 SGB I sind Sozialleistungsansprüche nach Ablauf eines Kalendermonats nach dem Eintritt ihrer Fälligkeit bis zum Ablauf des Kalendermonats vor der Zahlung zu verzinsen (§ 44 Absatz 1 SGB I). Die Verzinsung beginnt jedoch frühestens nach Ablauf von sechs Kalendermonaten nach Eingang des vollständigen Leistungsantrags beim zuständigen Leistungsträger (§ 44 Absatz 2 SGB I).

Verzinst werden nur volle Euro-Beträge; die zu verzinsenden monatlichen Leistungsansprüche sind also stets abzurunden. Es gilt ein Zinssatz von 4 Prozent, die Kalendermonate sind mit 30 Tagen anzusetzen.

Es ergibt sich somit folgende Zinsformel für einen Kalendermonat des Verzinsungszeitraums:

$$\text{Zinsen} = \frac{[\text{zu verzinsende Geldleistung}] \times 30 \text{ (Tage)}}{100} / \frac{360 \text{ (Tage)}}{4}$$

Nach Kürzung der Formel ergibt sich folgende vereinfachte Zinsformel:

$$\text{Zinsen} = \frac{[\text{zu verzinsende Geldleistung}]}{300}$$

Der sich ergebende Zinsbetrag wird jeweils mit der Anzahl an Kalendermonaten (KM) des Verzinsungszeitraums multipliziert.

Rüster, Melanie geb. am: 29.06.1977 Kundennummer: 355D087609

Anspruchsmonat Leistung	Eingang vollständige Unterlagen	möglicher Beginn der Verzinsung nach § 44 (1) / (2) SGB I		zu verzinsende Nachzahlung	Monat der Leistungszahlung	Verzinsungszeitraum bzw. keine Verzinsung, wenn Zinsbeginn nicht vor Zahlmonat	Zinsanspruch
01.2017	01.2015	02.2017	§ 44 (1)	57,44	08.2018	02.2017 bis 07.2018 (18 KM)	3,42
02.2017	01.2015	03.2017	§ 44 (1)	57,44	08.2018	03.2017 bis 07.2018 (17 KM)	3,23
03.2017	01.2015	04.2017	§ 44 (1)	57,44	08.2018	04.2017 bis 07.2018 (16 KM)	3,04
04.2017	01.2015	05.2017	§ 44 (1)	57,44	08.2018	05.2017 bis 07.2018 (15 KM)	2,85
05.2017	01.2015	06.2017	§ 44 (1)	57,44	08.2018	06.2017 bis 07.2018 (14 KM)	2,66
06.2017	01.2015	07.2017	§ 44 (1)	57,44	08.2018	07.2017 bis 07.2018 (13 KM)	2,47
07.2017	01.2015	08.2017	§ 44 (1)	57,44	08.2018	08.2017 bis 07.2018 (12 KM)	2,28
08.2017	01.2015	09.2017	§ 44 (1)	57,44	08.2018	09.2017 bis 07.2018 (11 KM)	2,09
09.2017	01.2015	10.2017	§ 44 (1)	57,44	08.2018	10.2017 bis 07.2018 (10 KM)	1,90
10.2017	01.2015	11.2017	§ 44 (1)	57,57	08.2018	11.2017 bis 07.2018 (9 KM)	1,71
11.2017	01.2015	12.2017	§ 44 (1)	97,34	08.2018	12.2017 bis 07.2018 (8 KM)	2,59
12.2017	01.2015	01.2018	§ 44 (1)	97,34	08.2018	01.2018 bis 07.2018 (7 KM)	2,26
01.2018	01.2015	02.2018	§ 44 (1)	97,34	08.2018	02.2018 bis 07.2018 (6 KM)	1,94
02.2018	01.2015	03.2018	§ 44 (1)	97,34	08.2018	03.2018 bis 07.2018 (5 KM)	1,62
03.2018	01.2015	04.2018	§ 44 (1)	97,34	08.2018	04.2018 bis 07.2018 (4 KM)	1,29
04.2018	01.2015	05.2018	§ 44 (1)	97,34	08.2018	05.2018 bis 07.2018 (3 KM)	0,97
05.2018	01.2015	06.2018	§ 44 (1)	97,34	08.2018	06.2018 bis 07.2018 (2 KM)	0,65
06.2018	01.2015	07.2018	§ 44 (1)	97,34	08.2018	07.2018 bis 07.2018 (1 KM)	0,32

Gesamtbetrag:

37,29 Euro

1. Original an Adressaten senden.
2. z.d.A.